Nr. 243. Halle (Saale), Mittwoch, den 16. Oktober 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis:
Monatl. 1,— Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1,— Mk., vierteljährl. 3,— Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra.
Für Kriegerfamilien 80 Pfg. Bezugspreis monatlich.

Erscheinungsweise:
Jeden Werktags, nachmitt.

Verlag u. Buchhandlung:
Halle (Saale), Harz 42-44.
Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschluß Nr. 1047.
Postscheckkonto:
Leipzig Nr. 161ss.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis:
Die siebengespaltene, 39 mm breite Kolonelzeile kostet 30 Pfg. Der Preis für die 92 mm breite Reklamezeile beträgt 1,— Mk.

Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.

Schriftleitung:
Halle (Saale), Harz 42-44.
Fernsprechanschluß Nr 1045.
Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1047.

Fortdauer der Flandernschlacht.

Großes Hauptquartier, 15. Oktober 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In Flandern hat der Feind seine Angriffe auf breiter Front zwischen Zarren und der Lys wieder aufgenommen. Es gelang ihm, über unsere vordere Stellung hinaus vorzudringen. Gegen Mittag kam der Kampf in der Linie Kortemark — östlich von Roeselare, das nach hartem Kampf in Feindeshand fiel, südwestlich von Isegem und nordöstlich von Menen zum Stehen. Menen und Wervik wurden gegen starke Angriffe behauptet, Uebergangsversuche des Feindes über die Lys bei Komen vereitelt. Bei erneuten Angriffen am Nachmittag gingen Handzame und Kortemark verloren, starke mit Panzerwagen geführte Angriffe beiderseits von Gits scheiterten. Zwischen Isegem und Menen konnte der Feind am Nachmittag nur noch wenig Boden gewinnen.

Erfolgreiche Vorfeldkämpfe westlich von Lille und am Haute Deule-Kanal.

Am Selle-Abschnitt nördlich von Haussy und bei St. Souplet scheiterten Teilangriffe des Gegners.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In dichtem Morgennebel brach der Feind östlich von St. Quentin über die Oise und faßte vorübergehend auf den Höhen südlich von Marcigny und nördlich von Origny Fuß. Umfassend angesetzter Gegenangriff warf ihn von den Höhen auf die Oise wieder zurück. Heftige Teilkämpfe vor der neuen Front nördlich von Laon, westlich der Aisne und im Aisne-Bogen, südwestlich von Grandpré.

Heeresgruppe Gallwitz. Zwischen der Aire und der Maas griff der Amerikaner mit starken Kräften an. Schwerpunkt der Kämpfe lag östlich der Aire und beiderseits der von Charpentry auf Bantheville führenden Straße. Die teilweise bis zu viermal wiederholten Angriffe sind bis auf örtlichen Gelände-Gewinn beiderseits von Romagne gescheitert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Auf den Höhen nordwestlich und nördlich von Nisch fanden kleinere Kämpfe statt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Massenflucht — Massenelend in Flandern.

Berlin, 15. Oktober. (Offiziös.) Durch die gestrigen Angriffe der Ententetruppen in Flandern hat die bereits seit einiger Zeit begonnene Massenflucht der Bewohner, namentlich im dichtbevölkerten Belgien, eine außerordentliche Steigerung erfahren. Sie ist für die im Bereich des Fernfeuers der Entente liegenden Städte wie Theuxreut, Thielt, Kortrijk, sowie Lille, Roubaix verständlich, greift aber auch in das weiter zurückliegende Gebiet in erschreckender Weise über. Die nach vielen Tausenden zählenden Flüchtlingsströme fluten gen Osten. Wenn auch alles geschieht, um das Los dieser von Haus und Hof vertriebenen Belgier, die auf wasserdurchweichten Straßen, mit dem Notdürftigsten versehen, weite Wegstrecken zu Fuß in ständigen Etappen zurücklegen müssen, zu erleichtern, so bedingen doch die für eine derartige Massenflucht nicht zu beschaffenden Verkehrsmittel und die Verpflegung der aus dem bisherigen Organisationsrahmen Herausgerissenen ein ungeheures Elend. Aehnlich sind die Verhältnisse in Nordfrankreich. Von den vernichteten Werten der bereits Vertriebenen abgesehen, gestaltet sich der Ausblick für das Schicksal aller, die noch flüchten zu müssen glauben, überaus besorgniserregend. (W. T. B.)

Kriegsberichte der Gegner.

Englischer Abendbericht vom 14. Oktober. Die flandrische Armee unter Führung des Belgierkönigs griff heute früh um 5 Uhr 35 Min. an. Die zweite britische Armee ging ungefähr 7 Kilometer in der Richtung auf Courtrai vor, wobei sie die wichtigen Dörfer Rolleghem, Cattele, Ledeghem, Morseele nahm und die nördlichen Ausläufer von Menin erreichte. Die belgische Armee ging ungefähr 8 Kilometer gegen Ingelmunster und Thourout vor und nahm die Dörfer Rumbeke, Winckel, St. Eloy, Crickene, Iseghem, Coorlemarck und Handzome. Die französische Armee griff mit belgischen Truppen auf beiden Flanken an und besetzte die Hochfläche bei Geite, Hooglede, Gitsbere sowie die Dörfer Beveren, Hooglede, Geite, St. Joseph, Roulers. Die Zahl der bisher gezählten Gefangenen überschreitet 3300 auf belgischer, 2500 auf französischer, 2200 auf englischer Seite. Die genaue Zahl der genommenen Geschütze ist noch nicht bekannt. Sechs vollständige Batterien wurden erbeutet, als sie im Begriff standen, sich zurückzuziehen.

Amerikanischer Bericht vom 14. Oktober. Heute früh nahmen die Amerikaner ihren Vormarsch nördlich von Verdun wieder auf. Sie stehen im Kampf gegen Stellungen von höchstem strategischen Wert und größter natürlicher Stärke. Heute gingen wir über die Städte Cunel und Romagne hinaus vor. Unsere Patrouillen stehen im Wald von Bantheville und unsere Angriffstruppen drangen in die Stellungen von St. Georges und in Landres—St. Georges ein. Es wurden ungefähr 750 Gefangene gemeldet.

Durazzo geräumt. Wien, 15. Oktober. Amtlich. Italienischer Kriegsschauplatz. Die Gefechtstätigkeit war auch gestern ziemlich rege. Balkan-Kriegsschauplatz. Das von uns geräumte Durazzo ist von den Italienern besetzt worden. — Die Bewegungen in Albanien und Serbien gehen ohne nennenswerte Gefechtsberührung mit dem Gegner vor sich. Der Chef des Generalstabes.

Durch U-Boote versenkt. Berlin, 15. Oktober. (Amtlich.) Im Atlantischen Ozean versenkten unsere Unterseeboote 41 000 Br.-R.-T. Handelsschiffsraum, darunter mehrere Tankdampfer und mit Kriegsmaterial beladene Dampfer. Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Wilson fordert neue Bürgschaften

Wilsons zweite Antwort.

Washington, 14. Oktober. (Reuter.) Antwort Wilsons auf die deutsche Note vom 12. Oktober.

Der Staatssekretär hat heute nachmittag dem interimistischen Geschäftsträger der Schweiz und Vertreter der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten folgende Note bekanntgegeben:

Staatsdepartement vom 14. Oktober.

Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Uebermittlung folgender Antwort zu ersuchen:

Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von Seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des Deutschen Reichstags berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 abzugeben. Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rat der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schafft. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird. Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch er dessen ganz sicher ist, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken auszuüben, bei denen sie noch verharren. Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken, und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzuge aus Flandern und Frankreich einen Weg mutwilliger Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner, beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einen Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderung und Verwüstung, fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht mit Schrecken und empörtem Herzen hinblicken. Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly) die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht (to the language and plain intent) einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli d. J. in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt: „Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall, die für sich, geheim und nach eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann, oder, wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, mindestens ihre Herabminderung zu tatsächlichem Unvermögen und (folgt eine Telegrammverstümmelung)." Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht hat (controlled) ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird.

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Frieden durch das Vorgehen (by the action) des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Antwort an die Kaiserlich-Königliche Regierung von Oesterreich-Ungarn absenden.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung.

Robert Lansing.

Eine deutsche halbamtliche Erklärung.

Berlin, 16. Oktober. (W. T. B.) Die Antwort des Präsidenten Wilson ist, wie die Nordd. Allgem. Ztg. schreibt, früher als man erwartet hat, eingetroffen. Sie führt die Diskussion teils weiter, teils erweitert sie dieselbe. Es wird also eine neue Gegenäußerung der deutschen Regierung notwendig werden, so daß das praktische Ziel der Aussprache, die Herbeiführung eines Waffenstillstandes und die Einleitung von Friedensverhandlungen noch nicht sofort zu erreichen sind. Die Aufstellung des Prinzips ist neu, daß die durch die Räumung zu schaffende Lage die heutige militärische Ueberlegenheit der Entente unangetastet lassen müsse. Im Zusammenhang mit dieser Frage erhebt die Note gegen die deutsche Kriegführung den Vorwurf der Ungesetzlichkeit und beschuldigt sie unmenschlicher Handlungen. Der Vorwurf ist unberechtigt und übersieht zum mindesten die militärischen Notwendigkeiten, unter deren Zwang die deutsche Heeresleitung handelt, so lange nicht die Einstellung der Feindseligkeiten erreicht ist. Die Beantwortung der amerikanischen Note erfordert eingehende Beratungen. Dabei wird die deutsche Regierung sich weiter von dem Geiste der Versöhnlichkeit und dem Wunsche nach Beendigung des Blutvergießens leiten lassen und so ihren Entschluß unter Wahrung der Interessen des deutschen Volkes fassen."

Das Ergebnis und die Schlußfolgerungen der Gegenäußerung Wilsons auf die kurze deutsche Rückantwort werden in den vorstehenden Ausführungen der Nordd. Allg. Ztg. mit einer für ein Regierungsblatt immerhin bemerkenswerten Sachlichkeit und Einsicht gezogen. Die überraschend schnelle Beantwortung der deutschen Note läßt darauf schließen, daß sich Wilson schon vor ihrem Empfang über die Bedingungen eines Waffenstillstandes klar war, oder sich doch durch eine inzwischen erfolgte Verständigung mit den Alliierten über diesen Punkt Klarheit verschafft hat. Die Wilsonsche Antwort in diesem Punkte von ihren Floskeln befreit und in klares Deutsch übertragen, bedeutet kurz und bündig, daß der als Schiedsrichter der Welt angerufene Präsident der Vereinigten Staaten die Frage eines Waffenstillstandes zu einer rein militärischen Angelegenheit macht, über die Vereinbarungen und Entscheidungen zu treffen, er ausschließlich den militärischen Führern der Entente, also in erster Reihe Marschall Foch überläßt. Und wenn die Antwort Wilsons vielleicht schon im allgemeinen enttäuschen kann, so in dieser Frage noch besonders. Entweder reicht sein Einfluß auf die Alliierten, namentlich auf England und Frankreich, in der Tat nicht so weit, daß Wilson bestimmend und entscheidend auf die Gestaltung und den Abschluß des geforderten Waffenstillstandes einwirken kann, oder er hat von vornherein überhaupt nicht die Absicht gehabt, die Entscheidung über diese Frage den Machtbefugnissen der militärischen Befehlshaber zu entziehen. In der letzten Auffassung wird man vor allem auch bestärkt durch die geforderten Bürgschaften Wilsons, durch die er die jetzt bestehende militärische Ueberlegenheit der Alliierten unbedingt aufrechterhalten und gesichert wissen will. Praktisch bedeutete das wohl ungefähr soviel, daß Waffenstillstandsverhandlungen nur dann diskutabel erscheinen, wenn Deutschland vorher so ziemlich die von einer englischen Zeitung aufgestellten Forderungen erfüllt: Räumung Elsaß-Lothringens, vorübergehende Besetzung von Essen und vollständige Einstellung des Tauchbootkrieges.

Weiter genügen Wilson die ihm von der deutschen Regierung gegebenen Versicherungen über ihre Vollmachten in Kriegs- und Friedensfragen noch nicht. Mit anderen Worten deutlicher gesagt: Wilson wird mit der Macht, die bisher Deutschland regiert und beherrscht (controlled) hat, keinen Frieden schließen. Nun hat ja der Bundesrat inzwischen der Verfassungsänderung zugestimmt, daß in Zukunft die Entscheidung über Krieg und Frieden mit in die Hände des Reichstags gelegt wird. Daß diese Bürgschaft Wilson allein schon genügen wird, ist nach den bisherigen Kommentaren der Ententepresse kaum anzunehmen; vielmehr scheint es danach, als ob man grundsätzlich mit den Hohenzollern auch dann keinen Frieden schließen wolle, wenn sie künftig in Deutschland weiter nichts mehr darstellen würden, als die monarchische Spitze einer „Volksregierung" — wenn man sich dergestalt eine wirkliche Volksregierung überhaupt vorstellen kann!

Jedenfalls ist die Wilsonsche Antwort etwas anders ausgefallen, als man sie erwarten konnte. Sie erleichtert den Weg zu Friedensverhandlungen nicht eben, läßt aber doch weitere Möglichkeiten zu Besprechungen und zu einer Verständigung offen. Und an der deutschen Regierung wird es nun zunächst sein, die geeigneten Schritte dazu zu finden und zu wählen, und sich auch die kleinste Möglichkeit, die Friedensanbahnung im Gange zu halten, nicht entgehen zu lassen. Dem deutschen Volk aber erwächst die Aufgabe und die Pflicht, alles dafür einzusetzen, daß durch den inneren Ausbau Deutschlands zu einem wahren Volksstaate hier auch das letzte Friedenshindernis ein- für allemal aus dem Wege geräumt wird!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181016-19/fragment/page=0001

Die englische Presse über den Waffenstillstand.

Rotterdam, 14. Oktober. (W. T. B.) Nach Nieuwe Rotterdamsche Courant schreibt der Parlaments-Korrespondent der Daily News, er erfahre von maßgebender Seite, daß die alliierten Regierungen sich bei der Beantwortung der beiden Fragen, ob es möglich sei, den von Deutschland verlangten Waffenstillstand zu gewähren, und unter welchen Bedingungen er gewährt werden würde, sich an den Rat der militärischen Befehlshaber im Felde halten würden. Was die Bedingungen betreffe, unter denen ein Waffenstillstand zugestanden werden könne, so sei man der Ansicht, daß sie zunächst die Sicherheit der alliierten Armeen und ihrer zukünftigen Erfolge für den Fall der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verbürgen müßten. Die Bedingungen müßten so sein, daß die alliierten Truppen nicht in Gefahr geraten würden. Die Frage, ob die deutschen Truppen auch Elsaß-Lothringen räumen müßten, werde, wie man in ministeriellen Kreisen annehme, bei der Waffenstillstandsfrage ebenfalls vorgebracht und nach diesen Gesichtspunkten entschieden werden.

Rotterdam, 14. Oktober. Der Londoner Korrespondent des Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet, man erhalte aus den Morgenblättern den Eindruck, daß die öffentliche Meinung gegen die Bewilligung eines mit einer einfachen Räumung gepaarten Waffenstillstandes ist. Man ist der Ueberzeugung, daß Foch es in seiner Hand hat, Deutschland zur Uebergabe zu zwingen, und daß man ihn vor den Kopf stoßen würde, wenn man sich mit weniger begnügen würde.

Times schreibt, Deutschlands Vorschlag, eine gemischte Kommission einzusetzen, sei keine Annahme der Forderung Wilsons. Solf habe in Ausdrücken geantwortet, die nicht aufrichtig seien. Die Deutschen wünschten Zeit zu gewinnen, um ihre Armeen wieder zu Atem kommen zu lassen. Die Alliierten müßten fest aneinander geschlossen bleiben, während Wilson jetzt die offenbarige Antwort vorbereite, die man von ihm erwarten könne. Man könne davon überzeugt sein, daß die amerikanische Regierung ebenso entschlossen sei wie das englische Volk, Deutschland eine Entscheidung aufzuzwingen. Einen anderen Weg zum Frieden gebe es nicht.

Manchester Guardian schreibt: Deutschland hat sich ergeben, das ist die unverrückbare Bedeutung der deutschen Antwort. Der Frieden mag vielleicht noch nicht unmittelbar bevorstehen, aber die allgemeine Grundlage dafür ist abgesteckt und angenommen. Wilson wird sich wahrscheinlich mit der Antwort auf seine Frage über die konstitutionelle Lage in Deutschland nicht begnügen. Das Beste wäre vielleicht, wenn der Kaiser zugunsten seines Enkels abdankte und Prinz Max Regent würde. Für einen Waffenstillstand würden die Alliierten, weil sie dem Feinde damit gestatten würden, sich aus einer gefährlichen Lage in Sicherheit zu bringen, eine Vergütung haben müssen. Die beste Garantie wäre eine zeitweilige Besetzung von Essen und die Räumung Elsaß-Lothringens, das dann vielleicht vorläufig von einem neutralen Lande besetzt werden könnte. Außerdem müßten die Transportschiffe und andere Schiffe vor Angriffen gesichert werden. Der U-Boot-Krieg müsse für immer aufhören. Die Auslieferung der deutschen U-Boot-Flotte würde eine unmittelbare Garantie dafür sein. Manchester Guardian ist der Ansicht, daß in der Periode der Verhandlungen ein System zur Versorgung des Feindes über die neutralen Länder eingerichtet werden müßte, an dem deutsche Schiffe mitwirken müßten.

Daily News schreibt, wenn Deutschland die militärischen Forderungen, die die Alliierten stellen, um Garantien für die Einhaltung des Waffenstillstandes zu erlangen, annimmt, so liegt es an der Entente, zu erklären, ob sie mit den Friedensgrundsätzen Wilsons einverstanden ist und ob sie den Bedingungen, die er für den Waffenstillstand festgesetzt hat, zustimmen kann.

Die englische Arbeiterschaft zum deutschen Friedensschritt.

Bern, 14. Oktober. (W. T. B.) Das am 9. Oktober zur Friedensfrage von der britischen Arbeiterschaft ausgegebene Manifest lautet: Die gemeinsame Versammlung des parlamentarischen Ausschusses des Gewerkschaftskongresses und der nationalen Exekutive der Arbeiterpartei ist der Ansicht, daß das neue Friedensangebot der Regierungen der Zentralmächte eine Lage voller Möglichkeiten schafft, welche die Alliierten, die Völker und die Regierungen nicht ignorieren können. Der deutsche Vorschlag wird von einer Regierung gemacht, welche die Vertreter der Mehrheitsparteien des Reichstages einschließt. Wir sind daher der Meinung, daß das Angebot einen Anspruch auf vernünftige Erwägung hat. Wir erkennen offen an, daß eine weitere Klarstellung dieser Vorschläge absolut notwendig ist, ehe die militärischen Anstrengungen der Alliierten angehalten werden können. Als unumgängliche Vorbedingung müssen die Zentralmächte ihre Heere von allen besetzten Gebieten zurückziehen und eine öffentliche unzweideutige Erklärung ihrer Bereitwilligkeit abgeben, die von Wilson formulierten Grundsätze ehrlich und rückhaltlos auf jede in der schließlichen Auseinandersetzung zu regelnde Frage anzuwenden. Nur durch solche vorhergehende Maßnahmen und wenn diese Prinzipien gemäß den Worten Wilsons auf die positiven Einzelheiten, welche jede schließliche Auseinandersetzung ausmachen müssen, angewandt werden, können wir ihrem Friedenswillen vertrauen und die notwendigen Bürgschaften dafür verlangen, daß jede bei der Friedenskonferenz aufkommende Frage der Gerechtigkeit und des internationalen Rechts nicht als Gegenstand des Schachers und des Kompromisses zwischen einzelnen Nationen erörtert wird.

Gleichzeitig ersuchen wir die alliierten Regierungen, öffentlich gemeinsam zu erklären, daß die unqualifizierte Annahme der Bedingungen Wilsons einschließlich des Völkerbundes den Anfang der amtlichen Verhandlungen für den allgemeinen Frieden sein werde. Wir würden so eine gemeinsame Definition des Zieles und eine Uebereinstimmung betreffs der Grundlage des Friedens haben, welche eine erfolgreiche Erörterung möglich machen würden. Mit den Präsidenten der Vereinigten Staaten sind wir der Meinung, daß eine solche Definition und Uebereinstimmung die wesentliche Vorbedingung zwischen den Friedensführenden Regierungen bildet. Wir teilen seine Ansicht, daß die Methode für die Herbeiführung des Friedens nicht die des Wiener Kongresses sein kann, wo die Diplomaten heimlich die verschiedenen Länder zurechtstutzten, ohne sich um die Wünsche der Landesbewohner noch um den Willen der Nationen, für die sie zu handeln vorgaben, zu bekümmern. Das Volk hat schmerzliche Leiden erduldet und schwere Bürden getragen in der Hoffnung, daß die Menschheit schließlich aus der Auseinandersetzung einen bleibenden Frieden zu Sicherheit bringen wird.

Wir glauben, daß innerhalb des Rahmens des Kriegszielmanifestes der organisierten Arbeiter der alliierten Nationen, sowie des Programms des Präsidenten Wilson ein solcher Friede auf der Grundlage des

Selbstbestimmungsrechtes der Völker

errichtet werden kann. Dieses Prinzip muß die Erörterung einer jeden vor die Friedenskonferenz kommenden Frage territorialen und politischen Charakters leiten. Seine Nichtbeachtung kann nur zu einem prinzipienlosen Kompromiß führen. Unsere Generation hat den schweren Preis dafür bezahlt, daß dieses Prinzip in den Friedensschlüssen nach früheren Kriegen verletzt und ignoriert wurde. Der gegenwärtige Weltkrieg ist hauptsächlich aus einer derartigen Verletzung des Rechtes der kleinen Nationen sowie [illegible] Nationalitäten entstanden, denen bisher der Zusamm[illegible] und die Kraft fehlte, ihren Anspruch, unter Regierung[illegible]nen eigener Wahl zu leben, geltend zu machen. Als Vertreter des organisierten Arbeiterstums fordern wir die Regierung auf, diesen

neuen Weg zum Frieden

einzig in dem Bestreben zu suchen, festzustellen, ob er zu einer neuen internationalen Ordnung und zum allgemeinen Frieden führt, die zu genießen und schützen wir alle uns vereinigen können.

Die Aufmerksamkeit der Regierung wird auf das Ersuchen der interalliierten Konferenz vom September gelenkt, welches das auf der interalliierten Konferenz vom Februar gestellte Ersuchen wiederholte, nämlich erstens, daß der amtlichen Delegation zur Friedenskonferenz ein direkter offizieller Vertreter der organisierten Arbeiter beigegeben werde und zweitens, daß eine repräsentative

internationale Konferenz von Arbeiter- und Sozialistenorganisationen

am gleichen Platze zur gleichen Zeit wie die Friedenskonferenz abgehalten werde, wobei jede Nation auf vier Delegierte beschränkt sein soll. Das gemeinsame Komitee betont, daß diese zwei Ersuchen nicht alternativ gestellt werden und daß die Teilnahme der Arbeiter an der amtlichen Delegation ohne Abhaltung der erbetenen internationalen Konferenz von geringer Bedeutung sein würde, namentlich wegen der gewichtigen Notwendigkeit, eine Herbeiführung eines internationalen Abkommens zur Durchführung gesetzlicher Maßnahmen in allen Ländern in bezug auf Fabrikzustände, auf den Achtstundentag, auf die Verhinderung gesundheitsschädlicher Beschäftigung, auf den

Schutz der Arbeiter gegen Ausbeutung und Bedrückung

und auf die Verhinderung von Nachtarbeit für Frauen und Kinder.

Die türkische Friedensnote.

Washington, 14. Oktober. (Reuter.) Die Note der Türkei, in der Wilson um Vermittlung zur Herbeiführung des Friedens ersucht wird, ist verspätet eingetroffen.

Neuyork, 14. Oktober. Der spanische Botschafter übergab heute die türkische Friedensnote, deren Text folgendermaßen lautet:

Der unterzeichnete Geschäftsträger der Türkei hat die Ehre, gemäß den Instruktionen seiner Regierung den Staatssekretär der Vereinigten Staaten telegraphisch davon in Kenntnis zu setzen, daß die kaiserliche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten auffordert, die Aufgabe der Wiederherstellung des Friedens zu übernehmen und alle kriegführenden Staaten von dieser Aufforderung in Kenntnis zu setzen und sie einzuladen, Bevollmächtigte zu delegieren, um die Verhandlungen zu beginnen. Die Kaiserliche Regierung nimmt als Grundlage der Verhandlungen das von dem Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß vom 8. Januar und in den folgenden Erklärungen, besonders seiner Rede vom 29. September d. J. niedergelegte Programm an.

Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ersucht die Kaiserliche Regierung, daß Schritte getan werden, um einen allgemeinen Waffenstillstand umgehend abzuschließen. (Wolffs Telegr. Bureau.)

Politische Uebersicht.

Die Einberufung des Reichstags wieder verschoben!

Berlin, 15. Oktober. (W. T. B.) Der Aeltestenrat des Reichstags beschloß in seiner heutigen Sitzung, die für morgen festgesetzte Sitzung des Reichstags ausfallen zu lassen. Die Anberaumung des Zeitpunktes der nächsten Sitzung wird dem Präsidium überlassen. — Dieser Beschluß ist angeblich auf den Eingang der Wilsonschen Antwort zurückzuführen.

Entscheidung über Krieg und Frieden und der Reichstag.

Berlin, 15. Oktober. (Amtlich.) Der Bundesrat stimmte heute vormittag einem Gesetzentwurfe zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung zu.

Absatz 2 des Artikels wird dahin geändert: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt."

Absatz 3 wird durch folgende Bestimmung ersetzt: „Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags."

Damit ist die volle Mitwirkung der Volksvertretung bei den Entscheidungen über Krieg und Frieden gesichert.

Soweit die durch W. T. B. verbreitete amtliche Meldung. Zu bemerken ist dazu, daß erst die weitere Entwicklung der Dinge erweisen wird, ob das der „deutschen Volksvertretung" nach mehr als vier Jahren grauenvollsten Krieges endlich zugestandene Mitbestimmungsrecht über Krieg und Frieden auch dem deutschen Volke genügen wird. —

Stichwahl in Berlin I.

Berlin, 15. Oktober. (W. T. B.) In der Ersatzwahl für den verstorbenen Reichstagsabgeord. Johannes Kaempf im Reichstagswahlkreise Berlin I wurden insgesamt 4764 Stimmen abgegeben. Davon erhielten der Geh. Justizrat Kemper (Fortschrittliche Volkspartei) 2294, der Stadtverordnete Hugo Heimann (Soz.) 1720, der Metallarbeiter Richard Müller (Unabh. Soz.) 513, der Beamte Gellert (Antisemit) 18 und der Pole Korfanty 4 Stimmen, 8 Stimmen waren zersplittert und 4 ungültig. Es ist also Stichwahl zwischen Kemper und Heimann notwendig. Die Stichwahl ist auf den 29. Oktober festgesetzt.

Das Wahlergebnis überrascht nicht. Es zeigt, bei einem Vergleich mit früheren Reichstagswahlen, daß der Kreis nicht nur beständig an Wählerstimmen, sondern vor allem an Stimmen von Arbeiterwählern zurückgegangen ist. Natürlich machten sich auch hier, wie anderwärts, die Wirkungen und Folgen des Krieges außerordentlich geltend; wählten doch im Jahre 1912 noch 11 115 Wahlberechtigte, und diesmal nur 4764, also fast ⅔ weniger. Neben dieser geringen Wählerzahl und vor allem auch wegen der sonstigen Eigentümlichkeiten dieses Wahlkreises bietet der Wahlausfall kaum einen Maßstab für die Stimmung der Wähler; die Unabhängige Sozialdemokratie hat mit der Möglichkeit, daß der von ihr aufgestellte Kandidat gewählt werden könnte, von vornherein nicht gerechnet.

•

Aus den Wahlkämpfen der letzten Tage wird u. a. noch berichtet: Die Neuorientierung wirft ihre Schatten auch bei der Wahl im ersten Kreise voraus. Am Mittwoch wurde eine von dem Hauptverbande der Fortschrittlichen Volkspartei nach den Sophiensälen einberufene Versammlung polizeilich aufgelöst. Die Auflösung erfolgte, als der Kandidat der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Genosse Richard Müller, davon sprach, daß dem vorsichtsweisen Zusammenbruch auch der militärische gewolgt sei. Die Anwesenden waren sichtlich empört über die polizeiliche Maßnahme, gegen die Beschwerde erhoben werden soll.

Eine am Freitagabend nach dem Moabiter Stadttheater einberufene Wählerversammlung war, wie alle übrigen Versammlungen, glänzend besucht. Genosse Haase beleuchtete in seiner scharfen Weise die politische Lage, als plötzlich der überwachende Polizeihauptmann sich erhob und die Auflösung der Versammlung aussprach. Nimmt man das bereits berichtete Verbot der Frauenversammlung hinzu, weil die Frauen mit der Reichstagswahl nicht zu tun hätten, da entsteht schon ein bezeichnendes Bild unserer heutigen neuorientierten Zeitepoche. Der Vorwärts meint allerdings, wegen Auflösung einer Versamlung, wie der fortschrittlichen, dürfe man nicht gleich schlimme Schlüsse ziehen. So schnell könne der Verwaltungsapparat nicht umgekrempelt werden.

Wir glauben auch in Zukunft an diese Umkrempelung nicht. Uns gegenüber am allerwenigsten.

Soziale und Wirtschaftsmaßnahmen der Sowjets.

Moskau, 10. Oktober. (Rosta). Die kommunistischen Sowjet-Wirtschaften werden durch ein Komitee verwaltet werden, das aus Vertretern der Gouvernements-Ackerbauabteilung des Kreisdeputierten-Sowjets und der Arbeiterschaft und aus Spezialisten mit beratender Stimme besteht. Die Arbeiter erhalten Bezahlung nach der Norm der Professionalverbände und keinesfalls in Naturalien. Keiner von ihnen hat das Recht, in den Wirtschaften eigene Landwirtschaft zu betreiben. Der Arbeitstag dauert acht Stunden, in der Erntezeit 10 Stunden, im Winter nicht mehr als drei bis sieben Stunden.

Die Abteilung für Innenhandel beim Kommissariat für Handel und Industrie, die mit Vorarbeiten für die Nationalisierung des Handels und der Industrie beschäftigt ist, hat die Organisierung einer dauernden Ausstellung von Mustern unserer verfertigten Produkte beschlossen. Diese Anschauungs-Ausstellung soll den Konsumenten ein Urteil über Qualität, Quantität, verschiedene Formen und Zweige der verfertigten Produkte vermitteln. Die Ausstellung wird periodisch durch neue Muster ergänzt werden, was einen Ueberblick über die allmähliche Entwicklung unserer Industrie und das Anwachsen der produzierenden Kräfte ermöglichen wird. Es soll neben anderen Hilfsabteilungen auch ein Bureau für Handelsinformationen tätig sein, das alle möglichen Auskünfte über Preise, Qualität und Vorratsmengen der Waren, über die verschiedenen Formen und Sorten, über ihre Herstellung usw. erteilen wird. Auch eine Abteilung für die aus dem Ausland importierten Waren wird eingerichtet werden.

In der Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets für Volkswirtschaft wurde in bezug auf die Tabakindustrie folgende Entschließung angenommen: Der Oberste Sowjet für Volkswirtschaft hat sofort alle Machorka (niedere Tabaksorte), Tabak- und Zigarettenhülsen-Fabriken, die von ihren Besitzern im Stiche gelassen oder von den örtlichen Sowjetbehörden nationalisiert wurden, in seine eigene Verwaltung zu nehmen, und alle übrigen Fabriken zu nationalisieren. Ferner ist innerhalb von zehn Tagen eine Revision aller Arbeiter des Haupt-Tabakkomitees vorzunehmen und ein zeitweiliges Präsidium des Haupt-Tabakkomitees zu ernennen, das aus zwei Vertretern des Obersten Sowjets für Volkswirtschaft und einem Vertreter der Berufsgenossenschaft der Tabakarbeiter besteht. (Aus Finanzy i Noradnoje Chozjaistow.)

Der Städtische Sowjet für Volkswirtschaft von Kostroma erörterte die Frage der Ausbeutung der Phosphorit-Lagerungen, die in der Nähe der Stadt entdeckt worden sind. Außerdem hat sich der Sowjet nach Moskau gewandt, um die Erlaubnis zur Ausnutzung der in dem Gouvernement entdeckten Torfreichtümer zu erwirken.

Die Forderungen des ungarischen Proletariats.

Budapest, 10. Oktober. Die sozialdemokratische Partei Ungarns hat einen Aufruf an das Volk Ungarns erlassen, worin sie scharfe Anklagen richtet gegen die Bundespolitik, die Zugehörigkeit zu Oesterreich, das System der Unterdrückung der nicht ungarisch sprechenden Völker und der besitzlosen Klassen. Sie erklärt: „Ungarn will in Zukunft als selbständiger Staat leben, das weder an Oesterreich noch an Deutschland ein engeres Band knüpfen soll, als zu den übrigen, zu nationalen Gesellschaften organisierten Staaten der Welt. Im Verein mit dem ungarischen Volke fordern alle Völker des Landes mit unüberwindlicher Kraft das Selbstbestimmungsrecht und die ausgebeuteten, unterdrückten und besitzlosen Klassen sind nicht geneigt, ihre Knechtschaft weiter zu dulden."

Ihre Einzelforderungen sind: 1. Bildung einer demokratischen Regierung aller Nationalitäten. 2. Konstituierende Nationalversammlung auf Grund eines demokratischen Wahlrechts auch für Frauen. 3. Friede auf Grund der Prinzipien der russischen Revolution. 4. Schutz der nationalen Minderheiten. 5. Demokratisierung der Verwaltung. 6. Radikale Agrarreform. 7. Sozialisierung der Großbetriebe. 8. Gerechte Steuerpolitik. 9. Arbeiterschutz. 10. Arbeitslosenunterstützung für die heimkehrenden Soldaten.

Die Budapester Arbeiterschaft hat sich in imposanten Versammlungen vor allen Fabriks- und Betriebsorganen mit großer Begeisterung diesen Forderungen angeschlossen. Die Versammlungen wurden bei der Polizei nicht angemeldet, weshalb diese auch nicht zu sehen war, welchem Umstande es zu verdanken sein dürfte, daß die Ordnung, obwohl große Volksmassen versammelt waren, nirgends ernstlich gestört wurde.

Der Regierungswechsel in der Türkei.

Konstantinopel, 14. Oktober. (W. T. B.) Das Ministerium Talaat ist zurückgetreten. Großwesir und gleichzeitig Kriegsminister ist Izzet Pascha, Minister des Innern Fethi Bei, früher türkischer Gesandter in Sofia, Marineminister ist Reouf Bei, Führer des türkischen Kriegsschiffes Hamidie während des Balkankrieges, Finanzminister Djavid Bei. Der Minister des Aeußern ist noch nicht ernannt. Die Geschäfte des Ministeriums des Aeußern werden einstweilen von Nabi Bei, früherem türkischen Botschafter in Rom, geführt.

Kleine politische Nachrichten.

Eine Tageszeitung der Unabhängigen Sozialdemokratie für Berlin? Wie die Leipziger Volkszeitung mitteilt, hat die Unabhängige Sozialdemokratie an den Reichskanzler das Ersuchen um Genehmigung zur Herausgabe einer täglichen Zeitung in Berlin gerichtet. Der Heilmannsche F. K.-Ersatz meint, „es sei schwerlich daran zu zweifeln, daß die „neue Volksregierung" diesem Verlangen stattgibt."

Die bisherigen Taten der „neuen Volksregierung" schließen Zweifel daran, ob sie „diesem Verlangen" stattgeben wird, noch keineswegs aus. .... Also warten wir's ab!

Radoslawow geflohen? Sofia, 11. Oktober. (Bulgarische Telegraphen-Agentur.) Der deutsche Gesandte, Graf Oberndorff, wurde vom König in Abschiedsaudienz empfangen. König Boris empfing den Obersten Troussin in Privataudienz. Man behauptet, daß der frühere Ministerpräsident Radoslawow gestern, als deutscher Offizier verkleidet, Sofia verlassen habe.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung im Malergewerbe.

Unter Hinweis auf die jüngst im Bau- und Holzgewerbe getroffenen neuen Vereinbarungen über eine weitere Teuerungszulage sind auch die Verbände der Malergehilfen an den Arbeitgeberverband mit neuen Forderungen herangetreten. Diese Forderungen, zu deren Erlangung von den Gewerkschaften auch die Vermittlung des Reichswirtschaftsamtes angerufen ist, lauten: 1. Die nach dem bestehenden Tarifvertrage geltenden Löhne und Teuerungszulagen werden in Städten oder Lohngebieten mit mehr als 100 000 Einwohnern um 80

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191810 16-19/fragment/page=0002

Pfennig, im übrigen um 25 Pf. für jede geleistete Arbeitsstunde erhöht. 2. In Städten mit ausgedehnter Kriegsindustrie oder mit teuren Lebensverhältnissen und dort, wo in benachbarten größeren Lohngebieten oder für andere gleichartige Berufsarbeiter höhere Löhne bestehen, wird den Verbänden der Arbeitgeber anheimgegeben, eine höhere Teuerungszulage zu gewähren.

Aus der Provinz.

Merseburg. Eine ausgedehnte Lebensmittel-debatte gab es in der letzten Stadtverordnetensitzung. Stadtv. Frauenheim stellte die Frage an den Magistrat, wie eine bessere Belieferung der Stadt Merseburg mit Lebensmitteln, namentlich mit Butter, zu erreichen sei. Zur Begründung führte er aus: Seit Wochen erhalten wir in Merseburg nur 25 Gr. Butter. Während dieser Zeit waren öfters fleischlose Wochen. Einmal haben wir auch Margarine erhalten. Das seien keine feine Fettmengen zur ausreichenden Ernährung eines Menschen! Die verausgabte Butter- und Magermilch ist oft ein Gemisch von mehr Wasser als Milch und werde wohl schon in der Molkerei gestreckt. Ueber die schlechte Beschaffenheit der Milch wird allgemein geklagt. Hier muß der Magistrat Wandel schaffen. Die fleischlosen Wochen sollen fortgesetzt werden. Wenn man nun hört, daß dieser bedauerliche Zustand eine Folge der heimlichen Schlachtungen ist, dann muß man dem Kriegsernährungsamt die ernstesten Vorwürfe machen, daß es hier nicht besser auf dem Posten ist. Redner besprach dann das Hamstern und kam auch auf die Kartoffelpreise zu sprechen, die über eine Woche lang nicht bekanntgegeben wurden. Er habe hierbei das Gefühl gehabt, als ob das Landratsamt damit beabsichtigt habe, den Erzeugern höhere Preise zuzuschanzen. Auch die Eierablieferung sei eine traurige. Nur 42 Prozent der festgesetzten Anzahl habe der Landkreis ausgebracht. Hier muß das Landratsamt energischer auftreten. Denn die Stadtbewohner haben das Nachsehen. Die Petroleum- und Kerzenversorgung fordere ebenfalls zur Kritik heraus. Es muß für die minderbemittelten Kreise besser gesorgt werden. Fische haben wir schon lange nicht mehr gesehen. Der Magistrat habe alle Veranlassung, recht energisch für eine bessere Versorgung der Bevölkerung einzutreten. In Beantwortung der Anfrage führte Erster Bürgermeister Hertog aus, daß vom Magistrat stets mit Nachdruck eine bessere Versorgung der Bevölkerung angestrebt worden ist. Alle behördlichen Stellen haben hierbei die Stadtverwaltung unterstützt. Leider oder ohne Erfolg. Der Vorwurf trifft die Zentralbehörden, die stets Versprechungen machen, aber nicht halten. Die Klagen über die schlechte Beschaffenheit der Butter- und Magermilch würden untersucht werden. Heringe würden nächste Woche zur Verteilung kommen. Ungerecht sei es, daß jedes männliche und weibliche Wesen, das auf dem Leunawerk beschäftigt werde, als Schwerstarbeiter gelte. Wegen der mangelnden Fettversorgung hat sich die Stadtverwaltung dauernd beschwert. Wir erwarten mit der Selbständigkeit der Stadt auch eine bessere Fettversorgung, die ja jetzt allgemein eine schlechte sei. Den Klagen über die späte Veröffentlichung der Kartoffelpreise müsse er beistimmen, ebenso den über die mangelnde Eierversorgung. 24 Eier sollen auf den Kopf der Bevölkerung kommen, aber wir haben bisher nur 11½ Ei erhalten! Die mangelhafte Eierablieferung des Landkreises sei hieran schuld. An der Leuchtmittelversorgung könne die Stadt nichts ändern. Dies sei Sache des Kreises. Nur muß berücksichtigt werden, daß die zur Verfügung stehenden eMngen geringer als im Vorjahre sind. Stadtv. Langer ersucht die Versammlung, sich der Entschließung des Gewerkschaftskartells anzuschließen und eine Kommission direkt nach Berlin zu senden. Je ein Vertreter des Landratsamtes und des Leunawerks will sich anschließen. Dieser Anregung wurde schließlich entsprochen, da der Erste Bürgermeister mitgeteilt hatte, daß der Magistrat das gleiche getan hat. Als Mitglied für die Kommission, die zum Oberpräsidenten entsandt werden soll, wurde Stadtv.-Vorsteher Bothe einstimmig gewählt.

— Verhaftung eines Schwerverbrechers. Die Polizei verhaftete am Sonnabend den Kriegsinvaliden Paasch, der bis Januar in einem hiesigen Lazarett als Verwundeter lag und seit dieser Zeit in Berlin wohnt. Er machte jeden Freitag von dort aus eine Diebesreise nach hier und bestahl besonders einen Fleischermeister, in dessen Familie er Gastfreundschaft genoß. In den letzten Tagen wurde diese um 1900 Mk. Bargeld erleichtert. Der Verhaftete hat aber noch mehr Diebstähle eingestanden. In seinem Besitz fand man zahlreiche Einbrecherwerkzeuge der modernsten Art. Es ist festgestellt, daß es sich um einen schweren Verbrecher handelt, der regelmäßig von Berlin aus Einbrecherfahrten nach der Provinz unternahm.

Querfurt. Ueberfahren. Kurz vor der Station Esperstedt ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der von Querfurt 8.17 Uhr abfahrende Personenzug fuhr in ein dem Rittergut Schaffse gehörendes Gespann, welches den schrankenlosen Weg nahe der Ziegelei in dem Momente passierte, als der Zug herangebraust kam. Während die beiden Pferde unverletzt blieben, wurden der Geschirrführer Kaiser, Vater von fünf Kindern, sofort getötet, eine Frau und ein Kind schwer verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Lützen. Leuchtmittelkarten. Donnerstag, den 17. Oktober, werden in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags im Einwohnermeldeamt Leuchtmittelkarten an Haushaltungsvorstände, die kein elektrisches Licht haben, ausgegeben.

Oberröblingen. Tödlicher Unfall. Der zehnjährige Sohn des Bergmanns Albert Müller von hier kam ums Leben, als seine Mutter an der Wäscherolle beschäftigt war. Der Knabe wollte sehen, wie die Wäsche glatt gedrückt wurde, während die Mutter an der Rolle drehte, und dabei wurde ihm von dem schweren Kasten das Genick gebrochen.

Eisleben. Lebensmittelverteilung. ½ Pfund Quark für 42 Pf. auf Marke 73 der Lebensmittelkarte auf Ausweis Nr. 361—460 bei Steinkopf, Lutherstraße. 2 Pfund Zwiebeln für 44 Pf. auf Marke 87 der Lebensmittelkarte in den Geschäften. 125 Gramm Kaffee-Ersatz auf Marke 81 der Lebensmittelkarte in den bekannten Geschäften; ½ Pfund Kinder-Gerstenmehl für 40 Pf. auf Marke 1 und 11 (gelb und grau) der Zusatzkarte für Kinder im Alter bis zu vier Jahren in Kaisers Kaffeegeschäft, bei Thams u. Garfs, Hermann Maß, Norddeutsches Schokoladenhaus. Vorannmeldung von Marmelade auf Marke 86 der Lebensmittelkarte. Suppen-Erzeugnisse auf Marke 8 a und b der Nährmittelkarte.

Ermsleben. Das Schwurgericht Halle verurteilte den früheren Postaushelfer Franz Dietmann, der sich hier der Unterschlagung und schweren Urkundenfälschung schuldig gemacht hatte, indem er sich Postanweisungsbeträge aneignete und die Empfangsunterschriften selbst leistete, unter Zubilligung mildernder Umstände zu sieben Monaten Gefängnis.

Hettstedt. Gegen den Wucher! Die am 14. Oktober stattgefundene Stadtverordneten-Sitzung befaßte sich eingehend mit der im Mansfelder Gebirgskreise herrschenden Lebensmittelnot. Die Stadtverordneten Albrecht, Müller und Kirchberg hatten durch den Magistrat den Landrat des Kreises, Dr. Bormann, gebeten, zu den Verhandlungen der Stadtverordnetensitzung zu erscheinen, um Aufschluß über die Ernährungsverhältnisse zu geben. Leider mußte der Beigeordnete Wieck bekanntgeben, daß der Landrat wohl sein Erscheinen zugesagt habe, daß er aber telegraphisch vom Minister des Innern zu einer Sitzung der Landräte berufen sei, und ihn (Beigeordneten Wieck) beauftragt habe, die nötigen Aufklärungen zu geben. Die nun folgenden Verhandlungen lassen alles andere eher erhoffen als eine Besserung unserer Lebensmittelversorgung. Mit Kopfschütteln nehmen die Arbeiter und vor allem die Arbeiterfrauen Kenntnis von den Ausführungen des Stadtverordneten Mette, welcher behauptet, die Verpflegung sei in Hettstedt noch verhältnismäßig gut. Freilich für einen Kreistierarzt wird's zutreffen; die Minderbemittelten unseres Kreises sind aber entgegengesetzter Meinung. Sehr treffend sagte der Stadtverordnete Albrecht, daß gerade i mMansfelder Gebirgskreise im Schleichhandel Großartiges geleistet würde, da die Bauern vorzögen, die Butter im Schleichhandel das Pfund zu 20 Mark zu verkaufen, als für 3,50 Mark das Pfund an den Kommunalverband abzuliefern. Er führt als Beispiel an, die Gemeinde Bräuenrode habe von 100 Milchkühen in einer Woche ganze 15 Pfund Butter abgeliefert. Ja, wenn überall nicht mehr abgeliefert wird, dann, das ist wohl nicht zu bestreiten, werden die Arbeiter und gering besoldeten Beamten dem Hunger überliefert. Wir sind auch der festen Ueberzeugung, daß, wer für ein Pfund Butter 20 Mark bezahlen kann, auch heute noch alles zu kaufen bekommt, was sein Herz begehrt. Aber was hilft hier alles Beraten? Der Landrat muß mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den Wucher in unserm Kreise beseitigen. Ins Gefängnis mit allen Wucherern, welche am Mark des deutschen Volkes nagen!

— Lebensmittel. In dieser Woche kommen bei den Kaufleuten für die Person zur Abgabe 100 Gramm Graupen, 50 Gramm Morgentrank, 2 Würfel Maggisuppen, 250 Gramm Marmelade.

Artern. Wegen Kohlenmangel konnte der Unterricht in den hiesigen Schulen gestern noch nicht aufgenommen werden.

Bitterfeld. Abgabe von Weichkäse. Auf Nr. 45 kommen von heute an je nach Eingang 100 Gramm Weichkäse zur Abgabe. Vorläufig sind nur die Verkaufsstellen Brandt und Günther beliefert.

— Für Kaffee-Ersatzmittel gelten jetzt folgende Preise: gepackte Ware 1,16 Mk. für 1 Pfd., lose Ware 1,12 Mk. für 1 Pfd.

Eilenburg. Im städtischen Warenverkauf Abgabe von großen Heringen, Stück 45 Pf. Auf je einen Abschnitt 138 der Lebensmittelbezugskarte (nur laufende Nr. 1 bis 4800) ½ Hering. Verkaufsstellen bei Barrot, Beer, Schirmer, Hienzsch, Knöbsch und Kabitzsch.

Falkenberg. Im Bahdienst verunglückt. Der Anfang dieses Jahres zum Eisenbahnhilfsdienst kommandierte Kriegsteilnehmer Rockow stieg am Sonnabend von seiner Maschine herunter, um die Lampen auszulöschen. Er kam zwischen die Puffer der Maschine und eines Wagens und erlitt bedeutende Quetschungen am Leibe. Seine Ueberführung erfolgte nach dem Krankenhause zu Torgau, wohselbst der Tod am Sonnabend eintrat. R. war von schwerer Verwundung gut geheilt. Er stammte aus Teschitz bei Merseburg, war verheiratet und Vater zweier Kinder.

Allerlei.

Die Bühnenprobe vor Gericht.

Eine Episode aus dem Schauspielerleben war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht Erfurt. Eine 20 Jahre alte Schauspielerin klagte gegen den Leiter einer Theatergruppe, die im September dieses Jahres dort Vorstellungen gab, auf Zahlung einer Entschädigung für kündigungslose Entlassung. Die Dame war gegen ein monatliches Gehalt von 210 Mk. eingestellt worden. Als Hauptaufgabe wurde ihr zunächst zugewiesen, in einer kleinen Posse die „gnädige Frau" zu spielen. Doch sie nach den Behauptungen des Spielleiters diese Rolle so ungenügend gespielt haben, daß das Publikum von der Leistung sehr unbefriedigt gewesen sei. Die Klägerin soll überhaupt über kein Talent verfügen und für die Bühne als Berufskünstlerin untauglich sein. Sie eigne sich höchstens für Vereinsveranstaltungen. Die Schauspielerin bestritt entschieden die Richtigkeit dieser Angaben. Sie habe in Gera ihre berufliche Ausbildung erhalten und sei dann mit Erfolg in einer Anzahl Städte auf kleinen Bühnen tätig gewesen. Dann erklärte sich die Dame bereit, eine kleine Probe ihrer Kunst vor Gericht zu bestehen. Sie trat dem als Zeugen geladenen Schauspieler gegenüber als die „gnädige Frau" auf. Hierbei konnte festgestellt werden, daß die Behauptung, sie beherrsche ihre Rolle nicht, mindestens übertrieben war. Doch befand sich das Gericht in einer schwierigen Situation, weil kein unparteiischer Sachverständiger anwesend war, der ein Urteil abgeben konnte. Die Schauspielerin war darum bereit, sich einem Fachschiedsgericht zu unterwerfen. Das Gericht gab den Parteien anheim, über die Frage der schauspielerischen Fähigkeiten der Dame noch mehr Klarheit zu schaffen. Falls dies in den nächsten Tagen nicht gelinge, werde es notwendig sein, in einer Theatervorstellung durch einen Sachverständigen über das Talent der Schauspielerin urteilen zu lassen.

Die Berichte über die Grippe lauten aus dem ganzen Reiche andauernd ernst. In Berlin sind die Krankenhäuser mit Grippekranken überfüllt. Ein starkes Wiederauftreten der Grippe wird auch aus zahlreichen Städten der Provinz Pommern gemeldet. Vielfach treten die Erkrankungen so massenhaft auf, daß Störungen in den Post- und Eisenbahnbetrieben und in den Schulen unvermeidlich sind. Zahlreiche Fälle haben einen tödlichen Verlauf genommen. Besonders bösartig scheint die Grippe in Prag zu wüten; wie gedrahtet wird, mußten die Kellerräume des Anatomischen Instituts in Prag erweitert werden, weil sie die an der Seuche Verstorbenen nicht mehr zu fassen vermochten.

Sie sucht einen „deutschen Mann". In der bayerischen Zeitung erschien ein unterhaltsames Heiratsgesuch, von einem „gesunden und lebensfrohen deutschen Mädel" aus guter Familie, vermöglich, große stattliche Erscheinung. Sie sucht einen „deutschen" Mann mit gesunder Lebensauffassung, Beamter, Geschäftsmann oder auch Landwirt in gesicherter wirtschaftlicher Stellung. Das deutsche Mädel ist zwar schon Ende der Dreißig, und man sollte meinen, daß es ihr bei ihren Vorzügen schon längst gelungen sein müßte, unter die Haube zu kommen, aber sie erklärt diesen auffälligen Umstand selbst mit dem Hinweis, daß sie lange im Auslande war und nun einen „deutschen" Mann will. Jetzt will sie's aber nachholen. Schneidig klingt der letztgedruckte Schlußsatz des Heiratsgesuchs: „Mies- und Flaumacher, also solche, die unser liebes Deutschland nach dem Kriege nicht größer und schöner sehen wollen, brauchen nicht erst zu schreiben." — Wir fürchten nur, bemerkt die Fränk. Tagespost dazu, daß die Dame in das gefährliche Alter kommen wird, bevor sie ihren deutschen Mann gefunden hat, denn diejenigen, die Deutschland nach dem Kriege größer und schöner sehen wollen, sind jetzt sehr kleinlaut geworden und denken wohl eher an alles andere als ans Heiraten.

Verantwortlich für Politik, Parlamentsnachrichten, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Allerlei Karl Boes; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Otto Kilian; Anzeigen Hermann Schode. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Eine Geschichte von zwei Städten.

55] Von Charles Dickens.

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Eine Meinung.

Von sorgenvollem Wachen erschöpft schlief Mr. Lorry auf seinem Posten ein. Am zehnten Morgen seines Harrens erweckte ihn der helle Schein der Sonne, welcher in die Stube fiel, wo ihn während dunkler Nacht ein schwerer Schlummer überfallen hatte.

Er rieb sich die Augen und sah um sich; aber als er dies tat, konnte er nicht klar werden, ob er nicht noch schlafe. Denn wie er an die Tür des Zimmers des Doktors trat und hinein blickte, bemerkte er, daß die Schuhmacherbank mit dem Handwerkszeug beiseite gestellt war und daß der Doktor lesend am Fenster saß. Er hatte seinen gewöhnlichen Morgenrock an und sein Antlitz (das Mr. Lorry deutlich sehen konnte) — obgleich noch sehr blaß — trug den Ausdruck der Aufmerksamkeit und ruhigen Vertiefheit.

Als Mr. Lorry gewiß geworden war, er wache, belästigten ihn einige Augenblicke noch Zweifel, ob das Schuhmachen der letzten Tage nicht bei ihm ein unruhiger Traum gewesen; denn sahen nicht seine Augen den Freund vor sich in seiner gewöhnlichen Tracht und seinem gewöhnlichen Aussehen und beschäftigt wie gewöhnlich? Und sahen sie irgend ein Zeichen, daß die Veränderung, die seiner Erinnerung so bestimmt eingeprägt war, wirklich vor sich gegangen war?

Dies fragte er sich bloß in seiner ersten Verwirrung und in seinem ersten Erstaunen; denn die Antwort lag auf der Hand. Wenn die Erinnerung nicht die Folge eines wirklich entsprechenden und genügenden Vorfalls war, wie kam er — Charles Lorry denn hierher? Wie ging es zu, daß er in seinen Kleidern auf dem Sofa in Dr. Manettes Konsultationszimmer eingeschlafen war und jetzt am frühen Morgen an der Tür des Schlafzimmers des Doktors mit sich über alle diese Zweifel zu Rate ging?

Nach ein paar Minuten stand Miß Proß flüsternd an seiner Seite. Wenn ihn noch der Rest eines Zweifels gequält hätte, so hätte er vor ihren Reden verschwinden müssen; aber er war sich jetzt klar geworden und hegte keinen Zweifel mehr. Er riet an, die Zeit hingehen zu lassen, bis zur gewöhnlichen Frühstücksstunde und dann mit dem Doktor zusammenzutreffen, als ob nichts Ungewöhnliches geschehen sei. Wenn er sich dann in seiner gewöhnlichen Gemütsverfassung zeigte, wollte sich Mr. Lorry vorsichtig Rats bei der Autorität erholen, die zu befragen er sich in seiner Sorge so sehr gesehnt hatte.

Miß Proß fügte sich seinen Ratschlägen und der Plan ward mit aller Sorgfalt vorbereitet. Da Mr. Lorry Ueberfluß von Zeit für seine gewöhnliche methodische Toilette hatte, erschien er zur Frühstücksstunde schmuck und nett wie immer. Der Doktor war wie üblich gerufen worden und kam zum Frühstück.

So weit sich gewahr werden ließ, ohne über die vorsichtige und allmähliche Annäherung hinauszugehen, auf welche Mr. Lorry sich beschränken mußte, glaubte er anfangs, seiner Tochter Hochzeit wäre gestern gewesen. Eine vorsätzlich hingeworfene Erwähnung des Wochen- und des Monatstages veranlaßte ihn, nachzudenken und zu zählen, und machte ihn offenbar unruhig. In jeder andern Hinsicht war er jedoch so sehr Herr seiner selbst, daß Mr. Lorry sich entschloß, sich bei der erwähnten Autorität Rats zu erholen. Und diese Autorität war er selbst.

Als sie daher mit dem Frühstück zu Ende und alles weggeräumt worden, und er und der Doktor wieder allein waren, sagte Mr. Lorry mit Gefühl: „Lieber Manette, ich möchte im Vertrauen Ihre Meinung über einen sehr merkwürdigen Fall hören, bei dem ich das tiefste Interesse fühle; das will sagen, er erscheint mir sehr merkwürdig; bei Ihrer größeren Erfahrung ist dies vielleicht nicht der Fall."

Der Doktor blickte seine Hände an, an welchen noch Spuren der früheren Beschäftigung zu bemerken waren, machte ein beunruhigtes Gesicht und hörte aufmerksam zu. Er hatte schon mehr als einmal seine Hände angesehen.

„Dr. Manette," sagte Mr. Lorry, indem er liebreich die Hand auf seinen Arm legte, „der Fall ist einem mir besonders werten Freunde passiert. Bitte, schenken Sie mir Ihre Aufmerksamkeit und raten Sie mir um seinetwillen — und vor allem wegen seiner Tochter — wegen seiner Tochter, lieber Manette."

„Wenn ich recht verstehe," sagte der Doktor mit gedämpfter Stimme, „so ist es eine Erschütterung des Geistes?"

„Ja."

„Erzählen Sie ausführlich," sagte der Doktor, „geben Sie alle Einzelheiten."

„Mr. Lorry sah, daß sie einander verstanden und fuhr fort: „Lieber Manette, es handelt sich um eine alte und sehr lange Erschütterung, welche das Gemüt oder — wie Sie es nennen, der Geist erlitten hat — man weiß nicht wie lange, weil ich glaube, er selbst kann die Zeit nicht berechnen, und es gibt kein anderes Mittel, sie zu erfahren. Es handelt sich um eine Erschütterung, von der sich der Betreffende durch einen Prozeß erholt hat, von dem er sich keine Rechenschaft ablegen kann — wie ich ihn einmal öffentlich sehr eindringlich erzählen hörte. Es handelt sich um eine Erschütterung, von der er sich so vollständig erholt hat, daß er ein sehr geistvoller Mann ist, fähig, alle seine Seelen- und Körperkräfte anzustrengen und beständig seine Kenntnisse, die schon sehr bedeutend waren, zu vermehren. Aber leider! (er hielt inne und holte tief Atem) hat er einen kurzen Rückfall gehabt."

Der Doktor fragte mit gedämpfter Stimme: „Wie lange hat er gedauert?"

„Neun Tage und Nächte."

„Wodurch zeigte er sich? Ich vermute, sagte er mit einem Blick auf seine Hände, „in der Wiederaufnahme einer alten Beschäftigung aus jener Zeit der Gemütserschütterung?"

„So ist es."

„Sagen Sie mir," fragte der Doktor bestimmt und gefaßt, obgleich in demselben gedämpften Tone, „haben Sie ihn jemals früher bei dieser Beschäftigung gesehen?"

„Einmal."

„Und als er den Rückfall hatte, war er da in vielfacher oder in jeder Hinsicht wie früher?"

„Ich glaube, in jeder Hinsicht."

„Als sprachen von seiner Tochter. Weiß seine Tochter etwas von diesem Rückfall?"

„Nein. Er ist ihr verhehlt worden und ich hoffe, er wird ihr immer verhehlt bleiben. Er ist nur mir bekannt und einer andern Person, der ganz zu vertrauen ist."

Der Doktor ergriff seine Hand und sagte halblaut: „Das war sehr gütig. Das war sehr rücksichtsvoll!"

Mr. Lorry drückte ihm wieder die Hand und beide schwiegen auf eine Weile.

„Nun wissen Sie, lieber Manette," fuhr endlich Mr. Lorry in seiner liebreichen und schonendsten Weise fort, „ich bin ein bloßer Geschäftsmann und unfähig, solche verwickelte und schwierige Sachen zu beurteilen. Ich besitze nicht die dazu nötigen Kenntnisse und nicht die nötige Einsicht; ich bedarf des Rates. Es gibt keinen Mann in der Welt, bei dem ich auf guten Rat so rechnen kann, wie bei Ihnen. Sagen Sie mir, wie kommt dieser Rückfall? Ist ein zweiter zu fürchten? Könnte eine Wiederholung verhindert werden? Wie ist ein neuer Rückfall zu behandeln? Was sind überhaupt die Ursachen eines solchen? Was kann ich für meinen Freund tun? Nie kann es jemandem mehr am Herzen gelegen haben, einem Freunde einen Dienst zu leisten, als jetzt mir; wenn ich nur wüßte — wie? Aber bei einem solchen Falle tappe ich im Dunkeln. Wenn Ihr Scharfblick, Ihre Kenntnis und Ihre Erfahrung mir den rechten Weg zeigen könnte, so könnte ich vielleicht viel tun; ohne Leitung und ohne Rat kann ich nur wenig tun. Bitte, sprechen Sie mit mir die Sache durch; bitte, setzen Sie mich in den Stand, ein wenig klarer zu sehen und lehren Sie mich ein wenig nützlicher zu sein."

Dr. Manette saß nachdenklich da, als diese eindringlichen Worte gesprochen worden, und Mr. Lorry drängte ihn nicht.

„Ich halte es für wahrscheinlich," sagte der Doktor mit sichtlicher Anstrengung, „daß der von Ihnen, werter Freund, beschriebene Rückfall dem Betroffenen nicht ganz unvorhergesehen gekommen ist."

„Hat er ihn gefürchtet?" — wagte Mr. Lorry zu fragen.

„Gar sehr." Er sagte dies mit einem unwillkürlichen Schauder. „Sie haben keinen Begriff, wie schwer eine solche Befürchtung auf dem Gemüt des Betreffenden lastet und wie schwer es ihm ist — ja fast unmöglich — sich zu zwingen — nur ein Wort über das, was ihn bedrückt, fallen zu lassen."

„Würde es ihn nicht sehr erleichtern," fragte Mr. Lorry, „wenn er es über sich gewinnen könnte, sich während dieses heimlichen Brütens jemandem anzuvertrauen?"

„Ich glaube wohl. Aber wie ich Ihnen schon sagte, es ist fast unmöglich. Ich glaube sogar, es ist in einigen Fällen ganz unmöglich." (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191810 16-19/fragment/page=0003

Voranzeige. Ab Freitag, den 18. Oktober 1918:

U.T

Alte Promenade 11a.
2316 Fernruf 5738.

Mia May
in dem ergreifenden 4 Akten-Drama
„Fünf Minuten zu spät!“

Leipzigerstrasse 88.
Fernruf 1224.

Waldemar Psilander
in dem 4 Akten-Drama
Der ewige Rausch.

Walhalla-Operetten-Theater.
Mittwoch u. Donnerstag, Anfang 7½ Uhr: 2318
Blitz-Blaues-Blut.
Kasse von 10 bis 1½ und 4 bis 6 Uhr.

Sangerhausen.
Freitag, 18. Oktober, abends 8 Uhr
in der „Schweizerhütte“
Große öffentliche
Volks-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Die deutschen Arbeiter und der Friede.
Redner: Parteisekretär **Hildebrandt**, Halle.
2. Freie Aussprache.

Um zahlreichen Besuch bittet 2310
Der Sozialdemokratische Verein für Sangerhausen und Umgegend. U. S. P. D.
Der Vorstand. J. A.: **Otto Reiche.**

Einladung.
Innungs-Krankenkasse der Bau-Innung zu Halle (Saale) und dem Saalkreis.
Donnerstag, den 24. Oktober 1918, abends 8 Uhr, im Restaur. „Pfälzer Schießgraben“. Rob. Franzstr. 16:
Außerordentl. Ausschuß-Sitzung.
Tagesordnung: *1366
1. Aenderung der Satzungen:
(§ 10, Zusatz zu § 10, § 11, Abs. 1 Nr. 1 u. 2, § 37).
2. Personalsachen und Geschäftliches.

Halle (Saale), den 14. Oktober 1918.
Innungs-Krankenkasse d. Bau-Innung zu Halle (S.) und dem Saalkreis. Herm. Pfeiffer, Vors.

2063 **Neue u. gebrauchte Möbel, Betten, goldene u. silberne Herren- u. Damen-Uhren, Bilder, Porzellan und viele andere Sachen zu verkaufen. Gebrauchte Sachen werden jederzeit gekauft. Frau Rust, Sternstr. 6.**

Sämtliche Parteischriften empfiehlt **Volks-Buchhandlung.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von Quark.

Am Donnerstag den 17. Okt. 1918 erfolgt der Verkauf von Quark auf den Abschnitt 3 des Einkaufsscheines über Molkerei-Erzeugnisse bei der Milchhändlerin Pfeiffer, Volkmannstr. 11, und in den Verkaufsstellen der Halleschen Molkerei, Glauchaerstraße 15/16, und Niemberger Molkerei, Rannischestraße 20/21, an letzterer Stelle nur vormittags von 8—12 Uhr.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber von Einkaufsscheinen über Molkereierzeugnisse, welche in den vorgenannten Stellen zur Kundenliste angemeldet sind.

Auf den obenbezeichneten Abschnitt wird ⅛ Pfund Quark abgegeben, der Preis hierfür beträgt von heute ab 42 Pfg.

Die Verkäufer haben den vorbezeichneten Abschnitt abzutrennen und dieselben gebündelt dem Stadternährungsamt II am 21. Oktober abzuliefern.

Halle, den 16. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von gedörrten Aepfeln
am Donnerstag den 17. Okt. 1918 in der Talamtschule. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 40001—48000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 48001—53000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ⅛ Pfund zum Preise von 40 Pfg. abgegeben.
Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 16. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Gerstenmehl-Verkauf auf besondere Bezugskarten für Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre,
in der Talamtschule am Donnerstag den 17. Okt. 1918.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 42001—48000 vormittags v. 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 48001—53000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber des Abschnittes K der besonderen Warenbezugskarte für Kinder bis zu 12 Jahren, diejenigen des Abschnittes H der Warenbezugskarte für Jugendliche im Alter von 12 bis 17 Jahren und diejenigen des Abschnittes J der Warenbezugskarte für alte Leute über 70 Jahre. Für jeden Abschnitt kann ein halbes Pfund Gerstenmehl zum Preise von 38 Pfennig verabfolgt werden. Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereit halten.

Halle, den 16. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

Am Donnerstag, den 17. Oktober, abds. 8 Uhr:
Zwei große
öffentliche Volks-Versammlungen
im „Volkspark“, Burgstraße 27 und im „Letzten Dreier“, Merseburgerstr. 32.
Tagesordnung in beiden Versammlungen:
1. **Die deutschen Arbeiter und der Frieden.**
2. **Freie Aussprache.**

Redner: Reichstagsabgeordner **Fritz Kunert** und Parteisekretär **Julius Hildebrandt.**

Zu zahlreichem Besuche ladet ein
Sozialdemokr. Verein für Halle und den Saalkreis,
angeschlossen der U. S. P. D.
2315 **Der Vorstand.** J. A.: Adolf Albrecht.

Außergewöhnlich günstige
Lebensversicherungen
bietet jetzt
in Verbindung mit Zeichnung auf **Kriegsanleihe**
die Jduna zu Halle a. S.

Für je 20 M. vierteljährlich werden **1000 M. Anleihe** versichert, zahlbar bei Tod **spätestens nach 12 Jahren**, im letzteren Falle für Zivilpersonen noch eine **Barvergütung von je 40 M.**, für Jugendliche 50 M. — Aufnehmbar Gesunde vom 7. bis 50. Lebensjahr. — Zulässig Summen bis 10 000 M. Anleihe.
Keine ärztliche Untersuchung. — Keine Wartezeit.
Kriegsgefahr auch für Heeresangehörige sofort eingeschlossen
Näheres durch die Direktion in Halle. *1176

Bio
Gr. Ulrichstrasse 57.

Die Perlen des Maharadschah.
Spannend. Kriminaldrama in 4 Akten.

Der rasende Othello.
Tolle Filmburleske.

Mädi macht Krieg.
Reizendes Lustspiel.
2312

Därme
zum Hausschlachten, trockene und gesalzene, hat billig abzugeben 2305
Gust. Paproth,
Halle (S.), Kl. Ulrichstr. 1, Darmhandlung. Tel. 2724.

Schulbücher aller Art.
Tafeln, Schiefer, Federkästen, Bleie, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister etc.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/44.

Schuhmacher-Handwerkszeug-Bedarfsartikel:
Senkel, *1320
Einlege-Sohlen, Ersatz-Sohlen von **Leder.**
F. Noah, Lederhandlung, Schäftefabrik.
Leipzigerstrasse 16, Ecke **Gr. Sandberg.**

Puppenköpfe bill. zu verkaufen. Friedrichstr. 36, H. p. (Wußrigk). 2308

Eine zeitgemäße Schrift!
Die zehn Gebote
und die besitzende Klasse.
Von **Adolf Hoffmann,** mit einem Geleit-Brief von **Frau Klara Zetkin.**
Preis 40 Pfg. Porto 5 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42-44.

Praktischer Wegweiser
empfehlensw. Einkaufsquellen

Bitterfeld
R. Richter, Kaiserstr. 1b Uhren, Goldwaren, Optik Reparaturwerkstatt.
A. Röbel Kolonialwaren Innere Bismarckst. 40
Oswald Sucher, Kaiserstr. 8 Schleiferei, Solinger Stahlwaren.
C. Trabitzsch Cigarr., Cigarett. Kaiserstr. 58.

Delitzsch
E. Preller, Manufakturwaren.
M. Haseler Kinderwag. Korbwaren 5%

Hettstedt
S. Rosenberg
Konfektion und Manufakturwaren

Merseburg
Th. Ebert Entenplan 18, Mechaniker, Optiker

Torgau
Kolonial- und Eisenwaren Farben und Sämereien kauft man sehr günstig bei **Herm. Leibnitz**

Die Vögel der Erde.
Mit 239 farbig. Abbildungen auf 30 Tafeln.
Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.

Die Säugetiere der Erde.
Mit 169 Abbildungen auf 30 Tafeln.
Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.

Fische, Reptilien u. Lurche.
Mit 226 Abbildungen auf 30 Tafeln.
Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.

Die Käfer Europas.
Mit 465 Abbildungen auf 20 Tafeln.
Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.

Aus den Tiefen der Gewässer.
20 Bilder. 229 Abbildungen.
Besonders die niederen Lebewesen des Wassers darstellend, von
Dr. Aug. Schleyer.
Preis 5 Mk. Porto 35 Pf.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/44.

Ansichts-Karten
ernsten u. heiteren Inhalts.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung.
Harz 42/44.

Sozialdemok. Verein für Halle-Saalkreis
(U. S. P. D.)

Den Mitgliedern die betrüb. Nachricht, daß unsere Genossin 2314
Anna Banse
(17. Distrikt.)
nach kurzem Leiden am Dienstag verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand.
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag auf dem Gertrauden-Friedhofe statt.

Apollo-Theater. 2313
Zum vorletzten Male! Abends ½8 Uhr:
Wenn im Frühling der Hollunder...
Operette in 3 Akten von Lippschitz und Jakoby. Musik von Heinz Lewin.
Freitag, 18. Okt.: Erstaufführung von
Eine Frau wie Du!
Operette in 3 Akten v. Dr. Bruno Decker u. E. Schoch. Musik von Hermann Krome.
Vorverkauf täglich 9—1 u. 5—½7 Uhr im Bureau.

Achtung! Achtung!
Konzerthaus Oberpollinger.
Ecke Gr. Ulrichstr. **Jägergasse 1.** Ecke Gr. Ulrichstr.
Ab heute:
Gr. Oktoberfest nach Münchener Art.
2 Kapellen, 6 Damen, 3 Herren.
(Damentrompeterchor Lyra, sowie die Hauskapelle).
ff. Bayrisch-Bier! 2155 Wochentags Eintritt frei!
Es ladet ergebenst ein Frau **Elsa Beth.**

Wollen Sie das praktische, technische *1367
Zeichnen u. Rechnen
für **Walzwerk, Maschinenbau, Kesselschmiede, Brückenbau** und **Eisenkonstruktion**
vollständig und sicher ohne Vorkenntnisse und ohne Berufsstörung, in 4—6 Monaten, für 40 Mk. (Raten 5 Mk.) unter Garantie erlernen, so verlangen Sie kostenlos Auskunft von **August Arens,** Zivil-Ing., Düsseldorf, Bergerallee 6.
Die von mir ausgebildeten über 2500 Personen im Alter v. 16—52 Jahre bekleid. Stell. als: Betriebsleit., Techniker, Obermstr., Maschinenmstr., Montenre, Vorzeichner u. dgl.
Gegr. 1886. Zahlr. Anerkennungen. Hohe Auszeichnungen.

Zoo.
Donnerstag, 17. Okt. 1918, abends 8 Uhr:
1. Gesellschafts-Konzert
vom
Stadttheater-Orchester.
Leitung:
Kapellm. **Karl Nöhren.**
Eintrittspreis 50 Pf.
Dauerkarten für Zoo u. Wittekind hab. Gültigk.
*1368

Stadttheater.
Donnerstag, 17. Oktbr. 1918:
Anfang 7 Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Wer zuerst kommt.
Zeitbild mit Gesang von Richard Wilde. Musik von Leopold Maaß.
Hierauf:
Der Strom.
Drama von Max Halbe.
2309
Freitag, 18. Oktober 1918:
Wer zuerst kommt.
Hierauf: **Fidelio.**

Familien-Nachrichten.

Zentral-Verband d. Handlungsgehilfen,
Bezirk Halle a. d. S.

Verspätet.
Den Mitgliedern zur Nachricht, **dass unser** treuer Kollege, der Landsturmmann
Louis Teuscher,
einem Herzschlag erlegen ist.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten! 2306
Der Vorstand.

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe unseres heißgeliebten, unvergeßlichen Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des Landsturmmannes
Hans Böge,
sagen wir allen für die Blumenspenden und das Geleit zur letzten Ruhestätte unseren herzlichsten Dank.
Halle, Barbarastraße 9. 2317
Die tiefgebeugten Eltern u. Geschwister.

Hierdurch allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine mir unvergeßliche gute Frau, Tochter, Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin
Frau Anna Banse
geb. Eichelmann
im 29. Lebensjahre nach kurzem schweren Leiden am 14. Oktober sanft entschlafen ist.
Der tieftrauernde Gatte
Walter Banse
2311 nebst Angehörigen.
Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 3 Uhr, auf dem Gertraudenfriedhofe statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181016-19/fragment/page=0004

Das Elend abhängiger Rechtfertigung.

Vom sozialistischen Standpunkt aus betrachtet, ist die Politik der Abhängigen unlogisch, sogar unnatürlich. Diese Tatsache mit sinnenfällig in der Art ihrer Rechtfertigung zu Tage. Und geradezu typisch ist die polemische Methode des wissenschaftlichen Theoretikers des kriegsmäßigen Reformsozialismus, des Chefkalkulators der annektierten Neuen Zeit, Heinrich Cunow. Herr Cunow tritt zuweilen in der abhängigen Presse auf. Er tritt dann die Regierungssozialdemokratie, indem er sehr von oben herab über die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie geringschätzig verfehmend urteilt. Nicht von konkreten Tatsachen ausgehend, sondern indem er ungenannten Unabhängigen unbewiesene Ansichten unterstellt und dann gegen die selbstgeschaffene Popanze zu Felde zieht. Er gibt keinerlei greifbare Angabe; somit ist Herr Cunow so ziemlich vor der Gefahr geschützt, der „Phantasterei" überführt zu werden.

Wenn schon der Wissenschafter der Abhängigen zu solchen polemischen Methoden greifen muß, so kann das Elend der abhängigen Rechtfertigung kaum besser illustriert werden, als durch die Beleuchtung der Cunowschen Art. Jetzt veröffentlicht die abhängige Presse von ihm einen Artikel Ein historischer Wendepunkt. Darin feiert Herr Cunow den „ersten großen Akt der Demokratisierung Deutschlands", der mit nicht erwarteter Energie eingesetzt habe. Den historischen Akt der energischen Demokratisierung sieht der Wissenschafter Cunow in der Bildung der neuen Reichsregierung. Das ist charakteristisch für abhängige Auffassung. Was hat sich eigentlich gegen früher geändert? Was im System? Im Grunde genommen verzweifelt wenig. Anstatt Konservative hat die Krone einige Fortschrittler und Regierungssozialisten auf die Ministerposten gesetzt. Eine Aenderung in der Personalfrage! Morgen kann die Krone wieder eine neue Aenderung eintreten lassen. Wo steckt da die Demokratisierung? Und wie verhält es sich mit der wichtigen zur Tagesordnung stehenden Friedensfrage? Erstens hat doch nicht der Reichstag das Friedensangebot beschlossen und zweitens veranlaßte nicht ein grundsätzlicher Wandel in den Auffassungen der herrschenden Kreise, sondern lediglich die Logik der Umstände das Friedensangebot. Wer glaubt z. B. daran, daß es in dieser Form ergangen wäre, wenn die deutschen Truppen im Vormarsch auf Paris und Calais immer weiter in Frankreich eindrängen?

Die besondere Güte der deutschen Demokratisierung, unter regierungssozialistischer Gönnerschaft, erhält ihre markante Art durch die Form der Weiterbehandlung der Friedensfrage. Der Reichstag hat zu ihr überhaupt noch nicht Stellung nehmen können. Die Note Wilsons, mit der er zunächst das Friedensangebot beantwortet und einige Vorbedingungen stellte, ist im Kriegsrat erörtert worden; da hat man, unter Mitwirkung des Generals Ludendorff, die Antwort an Wilson festgestellt. Zwecks Zustimmung ist die Antwort auch dem Bundesrat unterbreitet worden. Dann wurde mitgeteilt, daß der Reichstags-Ausschuß Gelegenheit bekommen werde, die Antwort — kennenzulernen, von ihr Notiz zu nehmen. Auf das Kennenlernen vor der Absendung erstreckt sich nicht einmal die Mitwirkung des Reichstags. Er hat sich, wie die allgemeine Oeffentlichkeit, mit vollzogenen Tatsachen abzufinden. Die Köln. Volkszeitung berichtet in ihrer Nummer 805 vom 12. Oktober 18, den Friedensantrag und das Waffenstillstandsangebot hätten der Kaiser und die deutsche Oberste Heeresleitung nicht nur befürwortet, „sondern veranlaßt". Und die Deutsche Tageszeitung (Nr. 519) konnte darauf hin wissen, daß anscheinend die Absicht bestanden habe, den Reichstagsausschuß noch einmal zu hören. Das Blatt schreibt:

„Die vorherige Anhörung des Reichstagsausschusses wird man wohl als eine Folge des konservativen Antrages auf Einberufung des Reichstags selber ansehen können, dessen Rechte also die Konservativen erst gegenüber dem Wohlfahrtsausschuß zur Geltung bringen mußten . . ."

Fürwahr ein wunderbares Bild! Nachdem die abhängige Sozialdemokratie offiziell Regierungspartei geworden ist, findet das führende konservative Blatt Gelegenheit, den Scheidemännern gegenüber demokratische Rechte zu verteidigen. So sieht es mit dem „energischen Akt der Demokratisierung Deutschlands" in Wirklichkeit aus. Doch das nur nebenher.

Herr Cunow, der Wissenschafter der Regierungssozialdemokratie, weiß natürlich auch einen durchschlagenden Grund für die Beteiligung der Abhängigen in der sogenannten „Volksregierung" anzuführen. Er schreibt:

„Wir können heute, wo der Reichskarren festgefahren ist, nicht einfach mit den Händen in den Hosentaschen beiseite stehen und höhnisch erklären: „Was geht uns das an; mag nur alles zum Teufel gehen." Denn der, der in solchem Falle vor allem für die Fehler des bisherigen Regierungssystems zu büßen hätte, wäre der Arbeiter. Gerade im Interesse der deutschen Arbeiterschaft müssen wir nicht nur versuchen in der jetzigen Lage zu retten, was zu retten ist, sondern auch bei dem kommenden Wiederaufbau die Hand im Spiele haben. . ."

So ähnlich, nur ein wenig anders, hörten wir's schon vor vier Jahren. Da las man in der abhängigen Presse, zur Begründung der Politik des 4. August. Wir wollten den Krieg nicht. Nun er da ist, dürfen wir nicht beiseite stehen. Jetzt müssen wir, im Bunde mit den Kapitalisten und Kriegstreibern, den Verteidigungskampf führen, bis Deutschland gesiegt hat. Wird Deutschland besiegt, dann geht gerade der Arbeiter einer hoffnungslosen Zukunft entgegen. Wir müssen durchhalten, Opfer bringen. — Durchhalten, durchhalten! Das war stets der Scheidemänner Antwort auf die Versuche der unabhängigen Sozialdemokratie. Nur mit dem Durchhalten, dem Siegerfechten sei des deutschen Arbeiters Interesse gewahrt. Eine elsaß-lothringische Frage gebe es nicht; wurde gar auf dem Würzburger Parteitage „festgestellt", keinen Fuß breit deutschen Bodens werde man preisgeben.

Mit dieser Politik brachte man Deutschland an den Rand des Zusammenbruches, türmte Berge von Menschenopfern auf, ließ eine Unzahl von Städten und Dörfern in Schutt und Asche zusammensinken und nun, da man vor den entsetzlichen Folgen einer falschen Politik steht, erklärt man wieder: Jetzt müssen wir retten, helfen, im Interesse des deutschen Arbeiters! — Hat die politische Charlatanerie jemals größere Orgien gefeiert?

Um Zweifeln an der Vorzüglichkeit regierungssozialistischer Politik, die wir nun zu hören bekommen, bei den harmlosen Lesern zu begegnen, wendet Herr Cunow den schon erwähnten Trick an, anderen Unlogik und Meinungswechsel vorzuwerfen. Mit der Geste eines Mannes, der nie gewankt, der immer gradlinig grundsatzfeste Politik getrieben, spottet der regierungssozialistische Wissenschafter: „Weise Politiker", die später „meist in die Reihen der Unabhängigen übergegangen" seien, hätten noch vor „zwei, drei Jahren höhnisch über die Ansicht" gespottet, der Weltkrieg bedeute eine Weltrevolution. Zuerst hätte man angenommen, der Weltkrieg werde nach kurzer Zeit ein Zusammenbrechen der kapitalistischen Wirtschaft und den Anbruch der sozialistischen Gesellschaftsordnung bewirken. Sonderbare Logik! Nach Cunowscher Behauptung spotteten Unabhängige über die Ansicht von der revolutionären Wirkung des Krieges, aber sie glaubten, worüber Herr Cunow nun spottet, an den Beginn der sozialistischen Gesellschaftsordnung — als Ausläufer des Krieges. Später, so behauptet Herr Cunow weiter, waren die Unabhängigen in das entgegengesetzte System verfallen, hätten sich zu der pessimistischen Auffassung entwickelt, dem Kriege würde eine Periode wirtschaftlicher Depression und politischer Reaktion folgen.

Vorsichtigerweise unterläßt es Herr Cunow, Namen und Tatsachen anzuführen. Von unabhängiger Seite ist wiederholt die Meinung vertreten und begründet worden, daß die Politik der Regierungssozialisten zu einem furchtbaren wirtschaftlichen Rückschlag führen müsse. Der Rückschlag ist da! Vieler Jahre Arbeit wird es bedürfen, um das Volk wieder auf die vor dem Kriege erreichte wirtschaftliche und soziale Höhe zu bringen, Jahrzehnte lang hat es an den Lasten des Krieges zu schleppen. Die von unabhängigen Sozialisten vorausgesehene Kriegswirkung haben wir, unabänderlich, furchtbar schmerzhaft für das deutsche Volk. Dann ist in Wirklichkeit gesagt worden, die Erreichung des regierungssozialistischen Kriegsziels werde die Reaktion in Deutschland stärken. Wer wagt das ernsthaft zu bestreiten? Die Not, um Frieden bitten zu müssen, hat uns wenigstens etwas Scheindemokratie gebracht, im neuen, auf allen Seiten militärisch sieghaften Deutschland hätte man von der „Demokratisierung" nichts zu spüren bekommen. Hat das Herr Cunow, der Wissenschafter der Regierungssozialisten, noch nicht begriffen?

Aber es gibt solche Politiker, wie Herr Cunow sie darstellt. Er selbst ist einer ihrer echtesten Vertreter. Zu Beginn des Krieges war er radikal. Damals spottete er, mit der gleichen absoluten Unfehlbarkeit über die Umkerner, wie heute über die Grundsatztreuen. Als der von ihm erwartete Zusammenbruch nicht in der von ihm vorgestellten Form eintrat, da war's mit seiner Erkenntnis der bestimmenden Zusammenhänge vorbei, er laverte hierüber zu den Umkernern, machte daraufhin Kriegs- und kapitalistische Politik. So bekamen die Umkerner ihren theoretischen Kopf und den Spötter, der sich über Meinungswechsel lustig macht.

Treffender als an Herrn Cunow kann sich das Elend regierungssozialistischer Rechtfertigung nicht offenbaren. D.

Friedens-Kundgebungen,

öffentliche, **jedermann** zugängliche Veranstaltungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in denen über das bedeutsame, **alle** deutschen Männer und Frauen gleich stark interessierende Thema:

Der Friede und die Arbeiter

gesprochen und die Forderungen für den Abschluß eines baldigen, gerechten, dauerhaften **Weltfriedens**, sowie zur Ueberwindung der gegenwärtigen Lage erörtert und zu den

bedeutsamen, politischen Ereignissen der Gegenwart

Stellung genommen werden soll, werden in den nächsten Tagen und Wochen im Bezirk Halle in **vielen** Orten stattfinden. Bisher sind festgesetzt:

Stadt Halle Donnerstag, 17. Oktober, in zwei Lokalen (Volkspark, Redner Abgeordneter Kunert, und Letzter Dreier, Merseburgerstraße 32);

Sangerhausen und Umg. Freitag, 18. Oktober, abends im Saale der Schweizerhütte;

Wittenberg zugleich auch für Klein-Wittenberg, Piesteritz u. Umgegend, Sonntag, 20. Oktober, nachmittags 3 Uhr bei Fischer, Kurfürstenstraße.

Weitere Versammlungen sind geplant.

Arbeiter, Kriegerfrauen, die ihr den Frieden herbeisehnt, die ihr der Meinung seid, daß Eure Klasse Einfluß auf den Friedensschluß nehmen soll, damit er bald zustande kommt, gerecht und dauerhaft zu werden verspricht und damit das unendliche Maß des Leidens, das Ihr getragen, nicht mehr verlängert oder vergrößert wird; Bürger, die ihr erkannt habt, daß die Auffassung, die wir unabhängigen Sozialdemokraten **immer** vertreten haben, die **einzige** ist, die uns dem Ende des blutigen Völkerringens näher gebracht hat; und alle, die in der Zukunft den Kampf gegen die Mächte führen wollen, die dem deutschen Volke jene Leiden gebracht haben, die von ihm, je länger sie wirken, umso drückender empfunden werden — Männer und Frauen, hinein in die Versammlungen, macht sie durch Massenbesuch zu wuchtigen, eindrucksvollen

Friedenskundgebungen!!

Halle und Saalkreis.

Halle, den 16. Oktober 1918

Die Lohn- und Dienstverhältnisse bei der hiesigen Straßenbahn

wurden vorige Woche in zwei gut besuchten Versammlungen des Straßenbahnpersonals besprochen. Es wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß die Zustände den heutigen Verhältnissen entsprechend noch recht verbesserungsbedürftig wären. So beträgt der Grundlohn für Schaffnerinnen gegenwärtig pro Tag 2,05 Mk., für Führerinnen 3,70 Mk., für Schaffner 4,70 Mk. und für Führer 5,50 Mk. Zu diesem Grundlohn kommt noch für das gesamte Personal eine laufende Teuerungszulage von 12 Mk. pro Monat für Ledige, für Verheiratete eine solche von 18 Mk. und eine Kinderunterstützung von 15 Mk. Die Löhne des Streckenl- und Depotpersonals bewegen sich in ähnlichen Grenzen. Mit Recht wurden diese Bezüge als gänzlich unzureichend für die heutige Zeit und eine Aufbesserung in entsprechender Weise als unbedingt notwendig bezeichnet. An der Hand von Tatsachen wurde festgestellt, daß die Lohnverhältnisse bei den Straßenbahnen in anderen Städten, die Halle gleichstehen, bedeutend bessere sind, als hier. Hervorgehoben wurde hierbei, daß dies allerdings erst unter Zuhilfenahme der Berufsorganisation des Straßenbahnpersonals, des Deutschen Transportarbeiterverbandes, herbeigeführt worden wäre und auch hier könne eine bessere Grundlage für die Lohn- und Dienstverhältnisse des Personals nur ein Werk des Verbandes sein.

In der ausgiebigen Diskussion sprachen sich eine Anzahl weibliche und männliche Anwesende nur in diesem Sinne aus. Unter anderen wurden auch noch sonst im Betriebe der hiesigen Straßenbahn bestehende Mißstände kritisiert und Beseitigung verlangt. So wurde bemängelt, daß an den Abenden die Straßenbeleuchtung an verschiedenen Endstationen so mangelhaft sei, daß das Umlegen der Rollenstangen an den Triebwagen nur unter großen Schwierigkeiten vor sich gehe. Geklagt wurde ferner darüber, daß das weibliche Personal die schweren Anhängewagen in den Depots zu schieben habe, was eine Ueberanstrengung bedeute. Des weiteren seien die Wintermäntel z. T. nur von einem den Regen und Wind durchlässigen gefärbten Sackzeug, so daß dieselben auch nicht den geringsten Schutz für den Körper böten. Die Bezahlung der geleisteten Ueberstunden werde des öfteren nicht innegehalten. Eine Bezahlung des stundenlangen Appellstehens, sowie anderer in freier Zeit zu leistender Dienstwege werde überhaupt nicht gewährt. Die Behandlung durch die Vorgesetzten gegenüber dem weiblichen Personal sei nicht immer einwandfrei. Zum Schluß wurde alles Vorgebrachte in einer entsprechenden Entschließung zusammengefaßt, die in beiden Versammlungen einstimmig Annahme fand. Gefordert wird darin eine Lohnzulage von 2 Mk. pro Tag für das männliche und eine solche von 1,50 Mk. für das weibliche Personal. Alle Ueberarbeit soll mit 10 Pf. Aufschlag pro Stunde extra bezahlt werden. Die laufenden Teuerungszulagen sowie sonstige bisherigen Vergünstigungen sollen bestehen bleiben. Eine neuerliche laufende einmalige Teuerungszulage soll auch dem Straßenbahnpersonal mit zugesprochen werden. Die besprochenen Mißstände sollen Erörterung finden.

Um diese Wünsche und Forderungen entsprechend zu vertreten, wurde eine Kommission gewählt, die unter Hinzuziehung der Verbandsleitung mit dem Magistrat verhandeln soll. — Diese Kommission hat vorerst den Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium mittels einer Eingabe bedacht, in welcher alle Wünsche des Personals niedergelegt sind. Hoffentlich zeigen diese Körperschaften, daß sie den Ernst der Zeit verstehen und dem durch den immer mehr zunehmenden Straßenbahnverkehr und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse geplagten Straßenbahnpersonal die Erfüllung ihrer Wünsche zusprechen.

Hallenser in den Verlustlisten.

Als in Halle und seinen Vororten geboren werden in den Verlustlisten gemeldet:

Verlustliste 1260: Ernst Brömme schw. verw. Richard Bunge L verw. Paul Distellamp gef. an seiner Verwundung. Karl Flemming L. verw., b. d. Tr. Heinrich Gebauer verm. Otto Heinrich schw. verw. Albert Kied verm. Lin. d. R. Werner v. Kleeden gef. Franz Kutscher L. verw. Adolf Neckenberg L verw. Kurt Spaether bish. verm., lt. privat. Mittlg. in Gefgsch. Willi Zoberbier L. verm.

Verlustliste 1261: Franz Deutschbein bish. verm., zur Tr. zurück. Paul Goeldner verm. Karl Güstel verm. Hans Kröbel verm. Gefr. Kurt Kurze verm. Bodo Meßner verm. Kurt Neumann L. verw. Fritz Obst verm. Richard Nikluß L. verw. Oberlin. Werner Rammelt bish. verm., lt. priv. Mittlg. verw. und in Gefgsch. Paul Spazier verm.

Verlustliste 1262: Uffz. Franz Herberg schw. verw. und in Gefgsch. Paul Krötsch verm. Fritz Möhring gef. Uffz. Artur Pfautsch verm. Uffz. Paul Politz gestorben an seinen Wunden. Karl Schönbrodt aus der Gefgsch. zurück. Otto Stadie L. verw. Gustav Täschner verm. Waldemar Thieme verm.

Verlustliste 1263: Uffz. Hermann Clas L. verw., b. d. Tr. Ernst Gödecke aus der Gefgsch. zurück. Uffz. Wilhelm Graf verm. Erich Grönert aus Gefgsch. zurück. Alwin Habedank verw. und verm. Kurt Hauck aus der Gefgsch zurück. Uffz. Erich Hille verm. Gefr. Otto Hoffmann aus der Gefgsch. zurück. Max Kruppa schw. verw. Uffz. Kurt Kuhn bisher verm., gefallen in Gefgsch. Kurt Müller verm. Karl Steinert verm. Sergt. Gustav Tantath verm.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191810 16-19/fragment/page=0005

Nachlese vom Rathaus.

Aus den Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung am Montag ist noch einiges nachzutragen, was von allgemeinem Interesse sein dürfte.

Punkt 1 der Tagesordnung ergab die **Wiederwahl des künstlerischen Beirats** für die Baupolizeibehörde, der Herren Giese, Wolff, Reiling, Ritter und Stadtbaurat Jost.

Beschaffung von Straßenbahnwagen. Um die dringend nötige Vermehrung des rollenden Materials der städtischen Straßenbahn durchzuführen, schlägt der Magistrat vor, bei der Eisenbahn-Verkehrsmittel-Aktiengesellschaft in Wismar 20 Motorwagen und 40 Anhänger in Auftrag zu geben. Die Radsätze sollen besonders gekauft werden bei einer Kölner Firma. Der Höchstpreis für einen Motorwagen ohne elektrische Ausrüstung ist festgesetzt auf 23 200 mit, bzw. 21 525 Mk. ohne Radsätze, für einen Anhänger auf 18 900 bzw. 17 220 Mk. Der Vorlage wird zugestimmt; eine zu diesem Thema vorliegende Eingabe wird dem Magistrat bzw. der zuständigen Deputation überwiesen.

Zwei Vorlagen auf **Verkauf von städtischen Grundstücken** werden angenommen. Dabei machte Herr Völker darauf aufmerksam, daß die bisher getätigten Landverkäufe durch die Stadt insofern bedenklich gewesen seien, als ihr nicht ein Anteil an einer zukünftig sich ergebenden Zuwachsrente gesichert wurde. Die Grund- und Bodenfrage sei eine Kernfrage, die die ganze Bevölkerung angehe; deshalb müsse man sich für die Zukunft bei Verkauf von Land einen Einfluß auf dessen spätere Verwendung sichern.

Der Beitritt zum Hypothekenschutzverband der Provinz Sachsen wird beschlossen. Es sollen 10 Anteile zu je 1000 Mk. gezeichnet werden; da vorläufig nur ein Viertel des Aktienkapitals eingezahlt sind, sind 25 000 Mk. erforderlich. Stadtv. Balke verlangte, daß die Stadtverwaltung sich einen Einfluß auf die Verwaltung des Verbandes sichere. Wenn die Gründungskosten schon 10 000 Mk. betragen, so liege die Gefahr größerer Lasten und ihrer Abwälzung auf die Mieter vor.

Eine Debatte entstand noch bei der Vorlage auf **Herausgabe von städtischem Notgeld** im Betrage von einer Million Mark. Die Stadtvv. Emmer und Osterburg wandten sich dagegen. Wenn die Unternehmer nachher ihre Arbeiter mit dem Hallischen Notgeld löhnten, würden diese und auch die Kaufleute Schwierigkeiten haben, es umzusetzen. Kleine Scheine würde man allenfalls auch in der Umgegend los, aber 5- und 20-Mark-Scheine nicht so leicht. Bedenklich wurde auch der Stadtv. Kühme gestimmt, denn er verlangte vom Magistrat bei Ausgabe des Notgeldes Erklärungen in dem Sinne, daß es auch in der Umgegend angenommen würde. Bürgermeister Seydel wies darauf hin, daß auf den Scheinen zu lesen sei, das Geld werde jederzeit von der Stadthauptkasse angenommen. Stadtv. Steckner teilte mit, die Knappheit an kleinen Scheinen sei so groß, daß am 28. September die hiesigen Banken nicht in der Lage waren, an Handwerker das gewünschte kleine Geld abzugeben. Schließlich wurde die Vorlage angenommen.

---

* **Parteigenossen,** die gewillt sind, an Landtouren zur Agitation sich zu beteiligen, werden gebeten, ihre Adressen dem Parteisekretariat, Harz 42-44, 2 Treppen, Zimmer 23, mitteilen zu wollen.

* **Volksparkanteile.** Die Zinsen für die Volksparkanteile werden, wie in früheren Jahren, im Parteisekretariat, Harz 42-44, Zimmer 23, in der Geschäftszeit von 5 bis 8 Uhr abends bis zum 1. November zur Auszahlung gebracht. Wir bitten die Interessenten, die gestellte Frist berücksichtigen zu wollen.

* **Vierzehntägige Urlaubsperre.** Ein Anschlag auf den Bahnhöfen ist für Urlauber von großer Wichtigkeit und wird ihnen große Freude machen. Danach besteht vom 14. Oktober ab eine vierzehntägige Urlaubsperre für die Westfront. Jeder Unteroffizier und Mann, der auf Grund seines Urlaubscheines erst am 14. Oktober oder später zur Front zurückzureisen hat, erhält 14 Tage Nachurlaub. Solche Urlauber sind von der Fahrt zurückzuweisen und an die Ortsbehörde des Heimaturlaubsortes zwecks Bescheinigung des Nachurlaubs zu verweisen. Bereits zur Front unterwegs befindliche Urlauber werden auf Bahnhöfen, wo Abfangskommandos eingerichtet sind, zurückgehalten und mit neuen Fahrscheinen zur Hin- und Rückreise zwischen Abfang- und Heimatsort versehen. Zu diesen Fahrten können D-Züge benutzt werden. Offiziere und höhere Beamte kehren nach Ablauf des planmäßigen Urlaubs zurück. Der Rücklauf zur Front der zurzeit beurlaubten Mannschaften beginnt am 28. Oktober.

* **Der Grippe,** vor allem aber gefährlicheren Folgeerscheinungen, wie Lungenentzündung usw., begegnet man am besten, indem man unter den heutigen Verhältnissen jeder Erkältung ernsteste Beachtung schenkt. Dringend erforderlich ist es, daß im Anfangsstadium der Krankheit das Hauptgewicht auf Bettruhe gelegt wird. Gleich sowie Fieber eintritt, soll man das Bett aufsuchen und sich nicht stark machen und glauben, die Kraft des Organismus werde der Krankheit rasch Herr werden. Die Aerzte haben festgestellt, daß in den Fällen, wo die Bettruhe verschmäht wurde, nach fünf bis sechs Tagen Schüttelfrost eintrat und die Krankheitszustände sich plötzlich verstärkten. Es stellte sich Lungenentzündung und Rippenfellentzündung heraus und auf diese Krankheiten sind dann jene Todesfälle zurückzuführen, deren wir auch in unserer Stadt eine ganze Reihe zu beklagen haben. Kein Lebensalter ist von der Grippe verschont. Sie befällt Kinder sowohl wie Leute in den besten Jahren und auch alte Leute, und man kann nicht sagen, daß diese oder jene Altersstufe eine besondere Widerstandskraft dagegen böte. Es sei darum nochmals dringend gemahnt, bei Anfällen sich nicht hinzuschleppen, sondern sogleich das Bett aufzusuchen und einen Arzt zu Rate zu ziehen.

* **Wichtig für Empfänger von Hinterbliebenenbezügen.** (Amtliche Mitteilung.) Wenn in der Auszahlung der Versorgungsgebührnisse Verzögerungen eintreten, was besonders beim Wohnungswechsel vorkommen kann, so sind die örtlichen amtlichen Fürsorgestellen dazu berufen, den Empfängern von Versorgungsgebührnissen beratend und nötigenfalls aushelfend zur Seite zu stehen. Für den Fall einer Reise empfiehlt sich, vorher noch den für den nächsten Monat fälligen Betrag bei der Post abzuheben. Der Hauptzahlungstag für die fälligen Gebührnisse des vorhergehenden Monats ist der 29. oder — wenn dieser ein Sonn- oder Feiertag ist — der 28. Im Interesse der ungestörten Abwickelung des Zahlungsgeschäftes bei der Post und somit auch im Interesse des Empfängers selbst, ist es geboten, diese Zahlungstage genau innezuhalten.

* **Stoffe für die öffentliche Versorgung.** Das Kriegsamt hatte der Reichsbekleidungsstelle bereits im August für den Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung an Textilien außer anderen Webusw. Waren mehrere Millionen Meter Anzugstoffe, mehrere Millionen Meter Damen- und Kinderbekleidungsstoffe sowie mehrere Millionen Meter Wäschestoffe überlassen. Wie jetzt amtlich mitgeteilt wird, stellt das Kriegsamt der Reichsbekleidungsstelle neuerdings weitere Mengen von Unterbekleidungsstoffen, Nähgarnen, Wäschestoffen für Krankenanstalten und von Stoffen für Arbeiterbekleidung zur Verfügung.

* **Die Städtische Frauenschule** hat sich neben ihren fortlaufenden Ausgaben für Volksschülerinnen und Gastschülerinnen (Stundenplan erhältlich in der Frauenschule) diesen Winter noch eine neue Aufgabe gestellt. Um die Beziehungen zwischen den beruflich arbeitenden Pädagogen und den Eltern enger und verständnisvoller zu gestalten, wird eine Vortragsreihe für Eltern und Erzieher gehalten werden, in der wichtigste Fragen der häuslichen Erziehung behandelt werden sollen. Die Vorträge finden Freitag, abends 8 Uhr, in dem Saale der Städtischen Frauenschule, Burgstraße 45, statt. Nach dem Vortrag wird der Redner auf gestellte Anfragen antworten. Die Vorträge beginnen am 1. November. Es werden sprechen: am 1. November Herr Professor Dr. Stöltzner über die gesundheitliche Erziehung in der Familie, am 8. November Herr Geheimrat Professor Dr. Ziehen über die häusliche Fürsorge für die normale geistige Entwicklung des Kindes, am 15. November Fräulein Dr. Gosche über Kinder und Bücher, am 22. November Fräulein Käthe Pabst über frohe Tage und Feste in der Familie (mit Vorführungen), am 29. November Herr Geheimrat Professor D. Eger über Gewissensbildung, am 6. Dezember Herr Geheimrat Professor D. Lütgert über das Zusammenwirken von Schule und Haus, am 13. Dezember Herr Rektor Breitbarth über schwere erziehbare Kinder. Karten zu 3 Mk. für die Vortragsreihe sind bei dem Hausmeister der Frauenschule, Burgstraße 45, in den Vormittagsstunden zu entnehmen.

* **Für Pilzesser.** Die hiesige Pilzbestimmungsstelle weist darauf hin, daß es sich empfiehlt, vor dem Genusse des als Speisepilz verwendbaren Grauen Ritterling, der öfters unter dem falschen Namen Waldchampignon in den Handel kommt, des ihm anhaftenden erdigen Geschmacks wegen die Oberhaut zu entfernen.

* **Stadttheater.** Mittwoch kommt die Oper Die toten Augen zur Aufführung, Donnerstag: Der Strom, Freitag: Fidelio. Sonnabend, den 19. Oktober, Uraufführung Der Schöpfer, Schauspiel von Hans Müller. Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen: Tiefland, abends 7½ Uhr: Die Rose von Stambul. Am Donnerstag, den 17. Oktober, findet vor der Aufführung des Schauspiels Der Strom die Erstaufführung des Zeitbildes mit Gesang Wer zuerst kommt, statt. Die Spielleitung des Werkes hat Oberspielleiter Theo Modes, die musikalische Vorbereitung Kapellmeister Oskar Braum übernommen. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Eichenberg und Grawi, sowie die Herren Landar und Schur.

* **Bruno Heydrichs Konservatorium für Musik und Theater** teilt mit, daß neben den Berufsklassen für Gesang, Redekunst, Klavier, Violine, Cello, Kontrabaß, Blasinstrumente, Dirigenten, Schauspieler, Lehrer (Diplom- und Abschlußprüfung nach den Satzungen des Direktoren-Verbandes deutscher Konservatorien und Musikseminare) auch Klassen für Freunde der Tonkunst und in der Grundschule für Kinder vom 7. Lebensjahr an für die Fächer Klavier, Violine, Cello, für erwachsene Anfänger auch für Gesang eingerichtet sind. Weiter, daß nicht nur Klassen-, sondern auch Einzelunterricht belegt werden kann. Außerdem können stimmbegabte Damen im Chor und musikalische Damen und Herren im Orchester, auch ohne daß sie Solounterricht in der Anstalt genossen haben, Aufnahme finden. Die Chorübungen der Choroberklasse werden regelmäßig Donnerstags 7 Uhr, die Orchesterübungen des Konservatoriumorchesters Mittwochs 6 Uhr unter Leitung des Direktors abgehalten. Wiederbeginn des Unterrichts und Eintritt in das 20. Schuljahr Mittwoch, den 16. Oktober 1918. Anmeldungen täglich. Eintritt jederzeit. Sprechstunden des Direktors außer Sonn- und Festtags täglich von 12—1 und 3—4 Uhr, bei vorheriger Anmeldung auch zu anderen Zeiten. Näheres siehe Anzeige.

* **Im Straßenbahnwagen ohnmächtig geworden.** Eine Kontoristin wurde in einem Straßenbahnwagen auf dem Bahnhofsvorplatz von einer Ohnmacht befallen. Sie mußte mit dem städtischen Krankenwagen ihrer Wohnung zugeführt werden.

Vereins- und Vergnügungsanzeigen.

Apollotheater. Heute findet die vorletzte Aufführung der übermütigen Operettenposse Wenn im Frühling der Hollunder . . . statt. Am Freitag geht die Operette Eine Frau wie du! erstmalig in Szene. Dieses Werk, aus der Feder von Dr. Bruno Decker, der vor einigen Tagen aus Berlin hier eintraf, um die letzten Proben selbst zu leiten, errang bei seiner Uraufführung in Frankfurt a. M. einen vollen Erfolg. Die musikalische Einstudierung, sowie die Leitung des Orchesters hat der Komponist Hermann Krome vom Berliner Thaliatheater selbst übernommen. In der Operette sind sämtliche Solokräfte der Kurt-Olfers-Gesellschaft beschäftigt. Der Vorverkauf für die Erstaufführung ist eröffnet und findet im Bureau täglich von 9 bis 1 und 5 bis ½7 Uhr statt.

Walhalla-Operetten-Theater. Die Direktion teilt uns mit, daß infolge von Erkrankungen die Operette Schwarzwaldmädel erstmals erst am Freitagabend zur Aufführung gelangen kann, und bis dahin Blitz-Blaues Blut über die Bretter geht.

Lettin. Verhaftet wurden unter dem Verdacht, den Ochsen eines Gutes gestohlen und an der Saale geschlachtet zu haben, drei Arbeiter aus Morl, Teicha und Giebichenstein. Sie hatten, vermutlich in der Absicht eines neuen Viehdiebstahls, in Brachwitz ein Schulmädchen gefragt, ob dort ein Nachtwächter wäre, und sich dadurch verraten.

Könnern. Wegen Geheimschlachtung verurteilt. Der Gutsbesitzer St. aus Hohenedlau und der Fleischermeister Sch. waren vor dem hiesigen Schöffengericht angeklagt, ohne Genehmigung des Kommunalverbandes Hausschlachtungen vorgenommen zu haben. St. hatte beantragt, einen Hammel und ein Kalb schlachten zu dürfen. Da er keinen Hammel bekam, ließ er einen kleinen Bullen schlachten. Nach Aussage des Wachtmeisters Scharf hatte St. keine Erlaubnis zum Schlachten. Ein Teil des Fleisches soll im Schleichhandel verkauft worden sein. St. wurde zu 500 Mark, Sch. zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

— Kohlverkauf. In den Geschäften von Hellwig, Pforte und Kämmerer gibt es im Laufe dieser Woche Weißkohl für den Winterbedarf in ausreichender Menge.

— Schulbeginn. Für die städtischen Schulen beginnt das Winterhalbjahr am Donnerstag, den 17. Oktober. An demselben Tage setzt auch der Unterricht in der Gewerblichen Fortbildungsschule ein.

Briefkasten der Redaktion.

O. B., Schafstädt. Sie haben ein neues Glasauge zu bekommen, sobald das nötig ist. Eine bestimmte Zeit ist da nicht vorgeschrieben. Bei einer Erwerbsunfähigkeit von 90 v. H. beträgt der Zuschlag zur Militärrente 360 Mk. jährlich. Wenden Sie sich eventl. an die Versorgungsabteilung des Generalkommandos.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Arbeitsmarkt

Zeitungsträgerin für Passendorf
zum 1. November gesucht.
Meldungen sind an den Lagerhalter Genossen **Arnold** oder an den Verlag zu richten.
Verlag Volksblatt, G. m. b. H.

Volksblatt-Austrägerin für Eisleben
zum **1. November** gesucht. Zu melden bei Frau **Weber, Eisleben,** Petrikirchplatz 20.

2307
Mädchen
für leichte Dreharbeiten sucht
Bruno Reimer, Geiststraße 19.

Wir suchen für unseren Betrieb
ungelernte Arbeiter, Platzarbeiter und Arbeiterinnen in größerer Zahl.
Ferner: **Maschinen-, Bau-, Reparatur-Schlosser, Schlosser für Eisenkonstruktionen, Klempner, Sattler, Böttcher und Zimmerer.**
Meldungen schriftlich oder mündlich zu richten an
Arbeiter-Annahmestelle Pulverfabrik Premnitz,
*1251 **Rathenow,** Bahnhofstraße 22.

20 gewandte Schlosser,
30 perfekte Richtmeister,
30 perfekte Installateure,
für Hausinstallation als auch sanitäre Anlagen sowie :: kräftige Bauarbeiter ::
sucht für auswärtige Montage. *1352
E. O. Dietrich, Rohrleitungsbau, Bitterfeld.

Tüchtige Erd- und Oberbauarbeiter und Arbeiterinnen
sofort für Rangierbahnhof Halle gesucht. Zu melden: Baubureau Schulstraße 7. *1360
Wilh. Haeyn, G. m. b. H., Berlin, Hamburg.

Gewandte Stenotypistinnen, geübte Buchhalterinnen, Rechenbeamtinnen, sowie mehrere **Kontoristinnen** (auch jüngere zum Aktenheften und dergl.)
für sofort oder später gesucht.
Ausführliche Bewerbungen mit Angabe, für welche der obigen Posten, Lebenslauf und Zeugnisabschriften erbittet sofort *1369
Die Direktion der „IDUNA“,
Halle a. d. S.

Zimmerleute
werden für dauernde Arbeit **sofort eingestellt** *1363
Firma Franz Hammer sen., Baugeschäft und Sägewerk, Bitterfeld.

Versicherungsschein-Entwerfer
für unsere Feuerabteilung sofort oder später gesucht.
Die Direktion der JDUNA
Halle a. d. S. *1370

:: Schlosser und Klempner ::
zu möglichst sofortigem Eintritt **gesucht.**
Nur vollständige Adresse einschicken, worauf Zusendung auszufüllenden Fragebogens erfolgt. *1351
Luft-Fahrzeug-Gesellschaft m. b. H. Bitterfeld (Provinz Sachsen).

Erfahrene
Eisendreher, Eisenhobler u. Masch.-Schloss.
für dringenden Heeresbedarf stellen ein 2154
Lange & Gellen,
Maschinenfabrik, Raffineriestr. 43.

Poliere und Maurer
f. Schornsteinbau und Kessel-Einmauerungen sofort gesucht.
Georg Richter, Chemnitz
Kaiserstr. 40. *1319

Stelle sofort ältere rüstige
Garten-Arbeiter ein. 2289
A. Sachse, Kurfürstenstr. 79.

Das Gute
Scheffelbrot
ist durch Zuführung wichtiger Nährsalze
leicht verdaulich,
gut bekömmlich,
schmackhaft und
gesundheitsfördernd.
Demnach ein wichtiges
Volksnahrungsmittel.
Verlangen Sie deshalb überall das Gute
Scheffelbrot
Scheffelbrot-Werk, Halle-S., Fernruf 4041.
2215

Federzug-Hosenträger

seit Jahr. eingeführt u. bewährt, vorzügl.i.Tragen.
Paar: 2.50 4.50 5.50
in einfacherer Ausführung!
Paar: 1.50 2.00 2.25.
Ersatzteile Stück 40 Pf. [2152
Dauerwäsche-Vertrieb Kl. Berlin 2, 1 Tr.
Ecke Sternstrasse. rechts.

Klavier-, Violin-, Mandol.- u. Gitarre-Unterricht erteilt
2153] **Wally May, Torstr. 10.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219181016-19/fragment/page=0006